



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

28. Juni 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Freya von Moltke *Essay*

Die Verteidigung europäischer Menschlichkeit

5 Peter Steinbach

**Der 20. Juli 1944 – mehr als ein Tag der
Besinnung und Verpflichtung**

11 Tilman Mayer

**Die geschichtspolitische Verortung
des 20. Juli 1944**

15 Gerd R. Ueberschär

Auf dem Weg zum 20. Juli 1944
Motive und Entwicklung der Militäropposition gegen Hitler

23 Ulrich Pfeil

**„Nicht alle Deutschen haben ein Herz
aus Stein“**
Das Bild des deutschen Widerstands in Frankreich nach 1945

31 Eberhard Görner

Der 20. Juli 1944 im deutschen Film

B 27/2004



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung **Das Parlament**,
Frankenallee 71 – 81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **Das Parlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.
Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Der 20. Juli 1944 ist ein sperriges Gedenkdatum. War in der alten Bundesrepublik lange Zeit die Vorstellung einer mit dem Odium des Verrats behafteten, isolierten Militärrevolte weit verbreitet, wurde in der DDR der gescheiterte Attentatsversuch auf Hitler bis in die achtziger Jahre hinein als reaktionärer Junkeraufstand denunziert, um das Dogma von der zentralen Rolle des kommunistischen Widerstands gegen die Nationalsozialisten zu untermauern.

■ Seit der deutschen Vereinigung kommt es zu einer Renaissance des schwierigen Datums. Immer deutlicher arbeiten Zeithistoriker die verschlungenen Entwicklungslinien heraus, die im Umsturzplan „Walküre“ im Sommer 1944 gipfelten. In der Öffentlichkeit ist präsent, dass es auch einen deutschen Widerstand gab – von der Militäropposition mit Verbindungen in höchste Regierungsstellen über den Kreisauer Kreis, die „Weiße Rose“ der Geschwister Scholl und die kommunistische „Rote Kapelle“ bis zum Einzelgänger Georg Elser, dessen waghalsiger Versuch, den Diktator in die Luft zu sprengen, im November 1939 um Haaresbreite geglückt wäre. Der Attentäter Claus Graf Schenk von Stauffenberg war der Titelheld von Jo Baiers sehenswertem Spielfilm, den über 7,5 Millionen Zuschauer im Februar in der ARD zu bester Sendezeit verfolgten.

■ Doch es waren nur allzu wenige in Deutschland, die den Schritt zur tatbereiten Opposition wagten. Und es war nicht unbedingt eine westliche, parlamentarische Demokratie oder gar die freiheitlich-demokratische Grundordnung der späteren Bundesrepublik, die den Verschwörern nach einem erfolgreichen Putsch als Staats- und Regierungsform vorschwebten. Stauffenberg, Tresckow oder Beck waren Offiziere. Erstes Ziel ihres mutigen Plans war das Bemühen, endlich den verbrecherisch vom Zaun gebrochenen Krieg zu beenden. Dafür musste Hitler beseitigt werden. Aus eigener Anschauung

im Ostkrieg hatten sie begriffen, dass die Massenverbrechen gegen Juden, Sowjetbürger und Polen zum Handeln drängten. Die geglückte Landung der Alliierten in der Normandie nur wenige Wochen zuvor hatte eine zweite Front eröffnet, die allen, die sehen wollten, vor Augen führte, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war.

■ Der Tyrannenmord misslang. Hitler rühmte die „Vorsehung“, die ein weiteres Mal seinen Gegnern in den Arm gefallen sei, und deklarierte sich am im Film festgehaltenen Todeskampf der Verurteilten an den Fleischerhaken in Plötzensee. Es folgten – auf beiden Seiten, an allen Fronten und in den Konzentrations- und Vernichtungslagern – die verlustreichsten Monate des Zweiten Weltkrieges, bevor im Mai 1945 das NS-Reich bedingungslos kapitulierte. Deutschland war zerstört und besiegt, aber es war zugleich befreit.

■ Die inneren Kämpfe, welche die auf Hitler vereidigten und zu blindem Gehorsam erzogenen Militärs ausgefochten hatten, belegen, dass ihre Entscheidung zum Widerstand ethisch begründet war. Darin liegt die Bedeutung der Tat jener mutigen Männer und Frauen des 20. Juli 1944: Sie verteidigten in unmenschlicher Zeit die Traditionen europäischer Menschlichkeit, wie die Zeitzeugin *Freya von Moltke* in dieser Ausgabe hervorhebt.

■ Sie schufen damit einen Anknüpfungspunkt für die europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg, ja, sie leiteten sie bereits ein. Die enge, fast selbstverständliche deutsch-französische Freundschaft, die Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder bei den Feiern zum 60. Jahrestag des „D-Day“ bekräftigten, aber auch die deutsch-polnische Aussöhnung, symbolisiert etwa in der Stiftung für europäische Verständigung in Kreisau/Krzyzowa, nahmen im Handeln des „anderen Deutschland“ ihren Anfang.

Hans-Georg Golz ■

Die Verteidigung europäischer Menschlichkeit

Am 20. Juli 2004 jährt es sich zum sechzigsten Mal, dass Claus Schenk von Stauffenbergs Attentat auf Hitler und damit der Staatsstreich gegen die nationalsozialistische Diktatur misslang. Es war der Tag, an dem für alle Deutschen und für die Welt zum ersten Mal deutlich sichtbar wurde, dass es in Deutschland Widerstand gegen den Nationalsozialismus gab. Der 20. Juli ist der Tag im Jahr geworden, an dem in Deutschland öffentlich des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus gedacht wird; er ist zum Tag seines Erinnerns geworden.

Ja, es hat deutschen Widerstand gegeben, aber zurückschauend erscheint er schwach. Er blieb erfolglos, und politisch verändert hat er nichts. Die Opfer, die er verlangte, scheinen vergeblich. Das „Dritte Reich“ nahm im Namen der Deutschen seinen langen, Menschenleben vernichtenden Lauf bis zu seinem Zusammenbruch. Die Bundesrepublik und die DDR entstanden unter der Obhut und Führung der siegreichen alliierten Mächte.

Was kann ich heute als eine Frau, die die Zeit des Widerstandes von innen miterlebt hat, was muss ich heute noch sagen? Es ist doch schon so lange her. Die Welt sieht ganz anders aus und hat neue Probleme. Aber auch heute noch muss ich klar und deutlich feststellen: Jede Form und jeder Akt des Widerstands gegen den Nationalsozialismus hat sich gelohnt. Nichts davon war vergeblich. Jede Handlung gegen das schreiende Unrecht der nationalsozialistischen Diktatur hat Bedeutung. Es hat sich gelohnt, weil der deutsche Widerstand die europäische Menschlichkeit in Deutschland lebendig gehalten hat.

Mit diesem Satz möchte ich nicht nur die inzwischen bekannten, viel beschriebenen, sowohl gelobten als auch in vielem kritisierten, verschiedenen Gruppen des Widerstands umfassen: den Versuch des Staatsstreichs vom 20. Juli 1944, die Weiße Rose, die Rote Kapelle, die Freiburger Gruppe, den Kreisauer Kreis, Widerstand in den Kirchen und bei den Soldaten, die Zeugen Jehovas, den Widerstand von Einzelnen wie dem einsamen Johann Georg Elser. Ich möchte auch den Widerstand von Einzelnen oder von kleinen Netzen von Einzelnen einschließen, die nie bekannt geworden sind, die aus Menschlichkeit den Gebor-

ten und der Praxis der Nationalsozialisten von Gewalt, Rassenwahnsinn und Lüge entgegengetreten sind. Denn ich möchte behaupten, dass es letzten Endes diese Menschlichkeit ist, die dem gesamten deutschen Widerstand zu Grunde liegt. Gewiss gab es daneben auch andere starke Motive und Inhalte, gab es verschiedene Formen im Widerstand, aber das alles lässt sich auf die Verteidigung der Menschlichkeit zurückführen. Das ist seine Grundlage.

Was wir heute Menschlichkeit nennen, ist in der Geschichte Europas langsam gewachsen. Europa, so reich und wunderbar verschieden es in seinen vielen Ländern geworden ist, hat trotz seiner zahllosen Kriege, Kämpfe und Krisen über die Jahrhunderte hinweg doch ein gemeinsames Fundament der Menschlichkeit entwickelt. In den einzelnen Ländern und Sprachen haben das entsprechende Wort und die entsprechende Vorstellung einen von der jeweils eigenen Geschichte geprägten, besonderen Klang, wie das französische *humanité* und das englische *humanity*.

Der Inhalt dieser Menschlichkeit hat sich im Lauf der Geschichte immer wieder verändert. Das Christentum hat den Prozess in Gang gesetzt, aber dieses Fundament hat auch sehr starke, rein säkulare Elemente in seiner Geschichte: Ich nenne nur die Früchte der Französischen Revolution von 1789 und die große Lehre der Solidarität, die der Sozialismus, was immer man von seiner ökonomischen oder politischen Seite denken mag, in der europäischen Welt gestiftet hat. Zu dem, was Menschlichkeit heute bedeutet, konnte es nur kommen, weil ihr Inhalt sich immer wieder gewandelt, verändert und erweitert hat. Es ist das Wesen dieser Menschlichkeit, dass sie sich selbst treu bleibt, indem sie sich verändert. So muss es auch in der Zukunft bleiben. Diese Menschlichkeit hat viele Gesichter, und es gehört dazu, gegen erkanntes Unrecht zu stehen und sich dagegen aufzulehnen. Immer muss die Menschlichkeit gegen den Ansturm ihrer Feinde verteidigt und den Anforderungen einer neuen Zeit entsprechend erweitert werden.

Der Nationalsozialismus war von vornherein und ganz bewusst darauf aus, dieses gewachsene Fundament europäischer Menschlichkeit zu zerstören und an dessen Stelle imperialistischen Rassenwahn

zu setzen. Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat sich dem widersetzt, hat in seinen Handlungen versucht, das Fundament unserer Menschlichkeit zu erhalten. Es war die Überzeugung, in dieser Richtung tätig zu sein, welche die Grundstimmung innerhalb unserer Gruppe, des Kreisauer Kreises, so positiv machte. Wenn ich auf jene Zeit zurückblicke, dann erscheint sie mir, wie wir sie damals erlebt haben, durchaus nicht düster. Es war eine große Zeit von neuen Freundschaften, von gegenseitigem Vertrauen und einer intensiven, selbstvergessenen Tätigkeit. Die Beschäftigung mit der Zukunft Deutschlands nach dem Fall des „Dritten Reichs“, sei es durch Staatsstreich von innen oder durch den Sieg der Alliierten von außen, gab allen Beteiligten neuen Aufschwung. Es war ja politisch eine heterogene Gruppe und sie wollte das auch sein. Sie suchten Kompromisse, wie es die Demokratie verlangt. Aber darin waren sie alle einig: Der Einsatz lohnte sich – sowohl sein Inhalt wie sein Risiko. Und beides – das möchte ich betonen – trugen auch die Frauen mit, ob sie nun an der Tätigkeit der Gruppe unmittelbar beteiligt waren oder nicht. Die Frauen sind nach dem Tod ihrer Männer in ihren langen weiteren Leben dem damaligen Einsatz – jede auf ihre Art – auch treu geblieben.

Mit seiner Verteidigung europäischer Menschlichkeit hat der deutsche Widerstand einen entscheidenden Beitrag zur geschichtlichen Kontinuität geleistet. Er hat die Brücke gebaut, über welche die Deutschen nach dem Fall der nationalsozialistischen Diktatur langsam sich selbst und den Anschluss an Europa wiederfinden konnten. Diese Kontinuität ist ein kostbarer Besitz; dank ihrer werden für uns Deutsche die Zeiten über die Jahre des Nationalsozialismus hinweg verbunden und wird die Zukunft gestiftet.

Um in die Zukunft wirken zu können, bedarf es des Erinnerens und des Weitersagens. Das ist eine wichtige soziale, menschliche Funktion. Vieles liegt da bei den Eltern und Großeltern, liegt in den Familien. Es geschieht aber auch in den Schulen und durch öffentliches Gedenken. Dann kommen die Historiker: Sie sind die Handwerker des Gedenkens. Die Historiker und die historisch Interessierten vermögen durch Wieder-Hervorholen des Vergangenen in Lesern, Lehrern und Beschauern neue Gegenwart und damit Einfluss auf die Zukunft zu erwirken. Auch der kritische Blick ist dazu notwendig, und Kontroversen sind nützlich. Der deutsche Widerstand hat eine ganze Reihe von gewichtigen Historikern gefunden, die sich mit ihm befasst haben. Das hat seinen hilfreichen Einfluss nicht verfehlt.

Ein praktische Beispiel führt wieder in mein eigenes Leben. Im heute polnischen Schlesien hat der Historiker Karol Jonca, der an der Universität von Breslau/Wroclaw lehrt, schon vor der großen Wende im Osten durch Reden und Veröffentlichungen energisch und erfolgreich auf den deutschen Widerstand und auf Kreisau/Krzyzowa als seinen Ort und Namensgeber hingewiesen. Das förderte das neue Projekt in Kreisau, das eine Frucht des deutschen Widerstands wurde. Es ist zunächst nur eine Bürgerinitiative gewesen: Einige Polen, einige Deutsche aus Ost und West, ein Holländer und ein Amerikaner, die sich alle dem Widerstand des Kreisauer Kreises verbunden fühlten, gründeten die polnische „Stiftung Kreisau für europäische Verständigung“. Um einen Treffpunkt zwischen Ost und West auf dem Boden von Widerstand gegen die Diktaturen zu schaffen, erwarben sie gleich nach der Wende den Gutskomplex in Kreisau von dem dortigen polnischen Staatsgut. Erst dann nutzten auch die beiden Regierungschefs die Geschichte des Widerstands in Kreisau, um eine bessere Zukunft der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland auf dem Gutshof in Kreisau feierlich zu besiegeln. Darum flossen Mittel für den großzügigen Wiederaufbau. Jetzt hat Kreisau Platz für 120 junge Menschen und ein bequemes Gästehaus für 40 Personen, das zu Tagungen und Seminaren einlädt. Im früheren großen, von Säulen getragenen Stall – viel zu schön für Kühe – gibt es eine Cafeteria. Durch die Hilfe junger, tüchtiger pädagogischer Leiter ist ein gutes Programm entstanden. Kreisau lebt.

Kreisau zeigt in einer Ausstellung Bilder und Aussagen aus dem Widerstand gegen die Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Sie zeigt polnischen, tschechischen, ukrainischen, lettischen, russischen Widerstand zusammen mit dem deutschen. Diese Bewegungen entstanden zu verschiedenen Zeiten und hatten verschiedene Ziele. Hat es Sinn, sie nebeneinander zu zeigen? Die Kreisauer Stiftung bejaht das – mit Recht. Sie sind verwandt, weil sich alle diese Bewegungen schließlich auf das menschliche Element, den menschlichen Impuls, die Verteidigung der Menschlichkeit zurückführen lassen.

Zu Ehren des 60. Jahrestages des 20. Juli 1944 und um der Zukunft zu dienen, habe ich hier von der Vergangenheit erzählt. Die Anforderungen der explosiven Welt von heute sind andere, aber sie sind nicht geringer. Ich habe das Vertrauen und die Erwartung, dass in den kommenden Generationen die europäische Menschlichkeit sich neuen Aufgaben öffnet und weiter wirken wird.

Der 20. Juli 1944 – mehr als ein Tag der Besinnung und Verpflichtung

Stauffenberg – von der Diffamierung zur Anerkennung

Im 60. Jahr nach dem Anschlag auf Hitler macht die Konkurrenz der öffentlich-rechtlichen Fernsehkanäle um die optimalen Sendeplätze großer Dokudramen über die Attentäter deutlich, dass die Würdigung dieser Hitler-Gegner inzwischen einen festen Ort in der historischen Erinnerung der Deutschen einnimmt. Dies war in den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland keineswegs immer so. Zunächst bestimmte noch die NS-Propaganda das Bild. „Ehrgeizzerfressene Offiziere“ hätten versucht, ihn zu töten, verkündete Hitler in den frühen Abendstunden des 20. Juli 1944 im Rundfunk. Die meisten Deutschen machten damals aus ihrer Abscheu gegen die Regimegegner keinen Hehl, und der Sicherheitsdienst registrierte akribisch, wie sehr die Deutschen der „Vorsehung“, die Hitler vor dem Tode bewahrt habe, vertrauten.

Stauffenberg wurde damals nur insgeheim von jenen bewundert und gerechtfertigt, die dem Regime kritisch und distanziert gegenüberstanden und die wussten, dass Deutschland nur durch die militärische Niederlage von der NS-Herrschaft befreit werden konnte. Die meisten Zeitgenossen sahen nur den offenbar dilettantisch ausgeführten Versuch eines hohen Offiziers, in letzter Minute die eigene Haut und die Stellung seiner „Kaste“ zu retten. Welcher Mut zur entscheidenden Tat gehörte, was der im Krieg schwer verletzte Offizier und Familienvater Stauffenberg riskierte, wollten sie weder wissen noch würdigen.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wechselte die Perspektive. Nun wurde Stauffenberg nicht länger als Verräter diffamiert, seine Familie nicht mehr geächtet. Geächtet war der Attentäter freilich auch nicht. Viel zu spät sei der Bombenanschlag erfolgt, nicht konsequent genug sei seine Ausführung gewesen, hieß es an Stammtischen. Die meisten Deutschen lehnten es bis weit in die fünfziger Jahre strikt ab, eine Schule oder eine Straße nach ihm zu benennen. Diese Ableh-

nung lässt sich tiefenpsychologisch erklären, denn Fragen der Nachwachsenden nach der Vergangenheit ihrer Eltern und Großeltern wurden in der Regel so beantwortet, dass sich fast immer eine Rechtfertigung für die Angepassten und Mitläufer ergab, die durch ihr Verhalten vieles von dem ermöglicht hatten, wogegen sich Stauffenberg gestellt hatte. Dennoch kamen seine Tat und seine Herkunft Mitte der fünfziger Jahre vielen gelegen, die den Widerstand als Ausdruck eines „anderen Deutschland“ deuteten. Das Wort von dem einen Gerechten, dessen Existenz Deutschland vor dem Verderben bewahren sollte, wurde oft zitiert. Nicht selten schien es gar, als sei das Deutsche Reich das erste von den Nationalsozialisten besetzte Land gewesen – mit Stauffenberg als Freiheitskämpfer.

Die beiden Nachfolgestaaten wollten zehn Jahre nach der Niederlage einen Teil ihrer Traditionen aus dem Widerstand begründen. In der DDR sah die Führung die Sache so: In entscheidendem Maße sei der Widerstand von den Kommunisten angeleitet worden, und die Moskauer Kommunisten seien die führende Kraft des Gesamtwiderstands gewesen. Hüben las sich das anders: Die Regimegegner hätten sich der Vollmacht eines Gewissens gebeugt, das vor allem die Menschenwürde zum Maßstab gemacht habe.

Wie sollte man mit Stauffenberg umgehen? Seine Herkunft und Funktion konnte man nicht verändern. Vielleicht ließ sich seine innere Überzeugung ein wenig korrigieren? Der Potsdamer Historiker Kurt Finker, ein DDR-Historiker, deutete ihn als Attentäter, der zumindest Kontakt zu den Kommunisten gesucht habe. Natürlich hatte Stauffenberg niemals eine programmatische Nähe zu den Zielen des kommunistischen Widerstands artikuliert, so sehr er sich darum bemühte, mit Vertretern der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wie Julius Leber und Adolf Reichwein aus dem Widerstand ohne Volk einen Widerstand aus dem Volk zu machen. Im Westen hingegen wurde Stauffenberg zunehmend als Regimegegner gezeichnet, der entschieden antikommunistisch war. Das war aber gewiss nicht sein Hauptmotiv. Vergessen wurde gern, dass er Leber ermutigt hatte,

Kontakte zu kommunistischen Widerstandskämpfern zu suchen.

Warum ist es so schwer, Menschen aus den Denkvorstellungen ihrer Zeit heraus zu würdigen? Der angemessenen Würdigung von Stauffenberg stand eine Deutung im Weg, die ihn als Vorkämpfer der freiheitlich-demokratischen Grundordnung reklamierte. Kritiker betonten dagegen, dass er aus den Denkvorstellungen des Obrigkeitsstaates heraus den Weg in den Widerstand gesucht und noch bis in die letzten Wochen vor dem Attentat in der Sicherung einer deutschen Hegemonialstellung in der Mitte Europas ein wichtiges Ziel seiner Bestrebungen gesehen habe. Stauffenberg wurde zum Objekt der Kritik des bürgerlich-militärischen Widerstands und vielleicht sogar ein besonders prominentes Opfer vieler Deutscher, die sich von den Widerstandskämpfern im Umkreis des 20. Juli 1944 abwandten.

Verstellt wurde der Blick auf den Menschen Stauffenberg, auf die Leistung, Positionen zu überwinden, die er mit den Nationalsozialisten zunächst geteilt hatte. Keinen Blick hatte man für die Stufen seiner Distanzierung. So war zu lesen, er habe vor der Hakenkreuzfahne salutiert, er sei ohne Zögern in den Krieg gezogen. Das Gespür für die Dramatik, die in der Überwindung individueller Verstrickungen in die Zeitströme liegt, war nur schwach ausgeprägt – man suchte den reinen Helden, die Lichtgestalt und verfehlte die Wirklichkeit eines Lebens an der doppelten Front: von Bomben und Gestapo, von Kooperation und Konfrontation, von Gehorsam und Widerspruch.

Bekannte und Freunde betonten Stauffenbergs Entschlossenheit und Selbstlosigkeit, seine Begeisterungsfähigkeit und Konsequenz. Er wurde erst spät – 1943 – zum Motor des Widerstands in Berlin. Als er diese Funktion übernommen hatte, zögerte er nicht, sondern suchte Verbindungen, wollte die Basis des Widerstands vergrößern. Stauffenberg suchte die Verantwortung. Dass er scheiterte, lag nicht an ihm, sondern an seinen Kameraden in den Berliner Kommandos und in den Wehrkreisen, die sich am Abend des 20. Juli auf ihre Bindung durch den auf Hitler geleisteten Eid besannen und Stauffenberg verrieten.

Ein Erfolg seiner Tat hätte viele Menschen vor dem Tod bewahrt. Er wollte die Deutschen von Hitler befreien. Danach hätten die Überlebenden um die Struktur und die Prägung Deutschlands gerungen. Welches Deutschland das Resultat geworden wäre, wissen wir nicht. Stauffenberg zum Symbol des Rückwärtsgewandten zu machen, weil er aus den Horizonten seiner Zeit handelte,

wäre unhistorisch. Es wäre ebenso leichtfertig, ihn zum Träger der freiheitlichen Grundordnung zu überhöhen. Diese Ordnung war ein Resultat der Niederlage. Der Mensch Stauffenberg bleibt faszinierend. Er handelte nicht, als es zu spät war, sondern er handelte, weil er zu den wenigen gehörte, die entscheidungsfähig waren, die Verantwortung suchten und deshalb den „entscheidenden Wurf“ riskierten.

„Weiße“ und „schwarze Stränge“ historischer Entwicklung

Der Widerstand hat sich einen Platz im Gedächtnis der Deutschen gesichert, auch in seiner Widersprüchlichkeit. Offensichtlich gehört der Streit um den „Besitz“ am Widerstand seit der Befreiung von der NS-Herrschaft zu den wichtigen Voraussetzungen jeder historisch-politischen Identitätsdiskussion in Deutschland, die um „weiße“ und „schwarze Stränge“, um demokratische Traditionen, um „Tradition und Erbe“, schließlich um den Stellenwert von „Auschwitz“ im historischen Gesamtzusammenhang deutscher Geschichte kreiste.

In den fast sechzig Jahren öffentlichen Erinnerns an den Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hat sich eine weitgehende Übereinstimmung herausgebildet. Die Regimegegner jenes Tages gelten als Persönlichkeiten, deren wesentliches Ziel vor allem die besondere Stellung der Grundrechte, des freiheitlichen Rechtsstaats, des Föderalismus und der Idee des europäischen Zusammenschlusses gewesen sein soll.

Zuvor hatte ebenso wie die Bundesrepublik, die in den offiziellen Gedenkveranstaltungen verkünden ließ, die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 hätten dafür gesorgt, dass wir die Lektion der Geschichte im Grundgesetz und beim Aufbau unseres freiheitlichen Staates angenommen hätten, auch die DDR-Führung beansprucht, Vollstrecker des Vermächnisses antifaschistischer Widerstandskämpfer zu sein. Galt in der DDR der Widerstand als kommunistisch inspiriert und geführt, so vernachlässigten die öffentlichen Redner der Bundesrepublik den Widerstand aus der kommunistischen Arbeiterbewegung und betonten stattdessen den christlichen, vor allem aber den bürgerlichen oder militärischen Widerstand. Erst in den siebziger Jahren begann eine Überschneidung der bis dahin säuberlich geschiedenen Widerstandsbereiche – die Besitzfrage schien sich in eine gesamtdeutsche Dimension zu weiten, welche die bis dahin geübte

moralische Diskriminierung durch Differenzierung von Zielen, Aktivitäten und Entwicklungsphasen gerade im wissenschaftlichen Kontext obsolet werden ließ.

Dabei wirkte sich vor allem die Einsicht aus, dass die verfassungs-, sozial- und außenpolitischen Ziele mancher Widerstandskämpfer und -gruppen keineswegs in jene Kontinuität zu rücken war, die den Widerstand im Umkreis des 20. Juli 1944 gleichsam zur Station der Vorgeschichte der Bundesrepublik und der Frühgeschichte des Grundgesetzes machen sollte. Heute ist unbestritten, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus angemessen nur als Produkt seiner Zeit zu deuten ist. Mit der Relativierung der Ziele des bürgerlichen und militärischen Widerstands öffnete sich zugleich das Interesse für alltagsgeschichtliche Dimensionen der Selbstbehauptung, der Hilfe für Verfolgte, schließlich der Desertion und des Widerstands in den letzten Kriegswochen und -tagen.

Streit um die Breite und Vielfalt des Widerstands

Neben der politisch geprägten, auf Selbstlegitimation der beiden deutschen Staaten zielenden Reklamation einzelner Widerstandskämpfer verstärkte sich der Eindruck, Regimegegner hätten gleichsam aus dem schützenden Geflecht von Institutionen heraus gehandelt und seien so nicht selten als Repräsentanten ihrer Einrichtungen tätig geworden. Auch hier erfolgte in den sechziger Jahren eine Korrektur, denn es zeigte sich, dass manche wichtige Repräsentanten der Kirchen immer wieder Rücksicht auf das Regime genommen und den Widerstand einzelner ihrer Glieder nicht hinreichend gedeckt oder unterstützt hatten. Dies galt für Dietrich Bonhoeffer wie für Alfred Delp, die ihren Weg bis zum Ende allein gingen. Folge einer derartigen Bemühung war es, Verbindungen von Regimegegnern zu Vertretern der Kirche hervorzuheben, ohne anzugeben, was die Kontakte bedeuteten – allein aus der Tatsache einer Begegnung wird stillschweigend auf eine innere Übereinstimmung von Regimegegner und Institution geschlossen.

Auch Familienangehörige einzelner Widerstandskämpfer erwecken heute vielfach aus großer zeitlicher Distanz zu den Ereignissen den Eindruck, sie seien in Überlegungen, Pläne, Diskussionen und Risiken der Attentäter tief eingebunden gewesen.

In Wirklichkeit gingen die meisten Regimegegner außerordentlich vorsichtig vor. Sie waren bestrebt, ihre Angehörigen nicht zu gefährden – oft haben jene die Entscheidung ihres Vaters, Bruders oder Ehemannes weder verstanden noch gebilligt. Bisweilen erst in den späten fünfziger Jahren, in denen Regimegegner und Emigranten den Zeitgenossen vielfach noch als „Verräter“ galten und es noch keineswegs eine selbstverständliche Ehrung der Widerstandskämpfer in der Öffentlichkeit gab, haben sie die Entscheidungen ihrer Angehörigen gebilligt und sich dazu bekannt. Dies war weniger selbstverständlich, als es uns heute anmutet. Denn die deutsche Nachkriegsgesellschaft hegte, wie demoskopische Umfrageergebnisse zeigen, erhebliche Vorbehalte gegenüber Emigranten und Widerstandskämpfern, Verfolgten und Häftlingen.

Erst mit der Organisation regelmäßiger Gedenkveranstaltungen seit den späten fünfziger Jahren ergaben sich Veränderungen. Sie wirkten sich nicht nur auf die demoskopisch manifeste Stimmungslage der Nation aus, sondern beeinflussten auch das Selbstbewusstsein der Angehörigen. Immer öfter folgte dem Bekenntnis zum Widerstand der Appell der Angehörigen an die Nachlebenden, sich mit seiner Geschichte und vor allem mit den Zielen der Regimegegnerschaft zu beschäftigen und sie in der Breite und Vielfalt, auch in ihrer Widersprüchlichkeit und graduellen Steigerung wahrzunehmen.

Zunächst hatte sich die Tendenz einer intensiven und geradezu auf Identifikation zielenden Aneignung bei Jugendlichen bemerkbar gemacht, die in den frühen fünfziger Jahren ihren eigenen Weg zur Wirklichkeit des „Dritten Reiches“ gesucht hatten. Antworten auf ihre Fragen boten vor allem zwei Bücher: das – schließlich auch dramatisierte und verfilmte – Tagebuch der Anne Frank und die Erinnerungen von Inge Aicher-Scholl an ihre Geschwister Hans und Sophie, um die sich die Münchener Widerstandsgruppe der „Weißen Rose“ zusammengefunden hatte. Mehrere Auflagen erreichte das Buch „Offiziere gegen Hitler“ von Fabian von Schlabrendorff. In ihm findet sich das seit den fünfziger Jahren überlieferte, durch alttestamentarische Bezüge an Intensität gewinnende Diktum, Deutschland werde wie Sodom nicht dem Untergang preisgegeben sein, wenn es zehn Gerechte in seinen Mauern berge. Dieser Satz machte den Widerstand zum Bezugspunkt der Erwartung, dass sich Deutschland durch einige seiner Angehörigen aus der Abgrundlosigkeit des Verderbnisses befreit habe, welches sich im Nationalsozialismus verkörperte. Auch Churchills (nirgends nachzuweisende, angeblich auf eine Par-

lamentsrede des Jahres 1946 zurückgehende) Äußerung über den Widerstand als Beleg für eine Stabilisierung der moralisch auf den Widerstand gegründeten deutschen Demokratie tat ihre Wirkung und wurde immer wieder zitiert.

Allen hämischen Bemerkungen und rechtsextremistischen Äußerungen zum Trotz hatte sich im Hinblick auf den Widerstand in den fünfziger Jahren ein breiter Konsens herausgebildet, der in den siebziger Jahren problemlos auf jene Bereiche des Widerstands ausgedehnt zu werden schien, die zunächst aus prinzipiellen, politischen oder juristischen Gründen aus dem viel beschworenen nationalen Konsens ausgeschlossen waren. Diese Übereinstimmung drückte sich auch in der Gedenkstätte zur Erinnerung an den 20. Juli 1944 aus, die in den frühen fünfziger Jahren im Innenhof des Berliner Bendlerblocks, in den späten sechziger Jahren dann als ständige Ausstellung in den Arbeitsräumen von Stauffenberg eingerichtet worden war.

Im Zuge der Arbeit an dieser konzeptionell erweiterten Ausstellung, die Breite und Vielfalt des Widerstands spiegeln sollte und das in beiden Teilen Deutschlands vorherrschende Widerstandsbild zu reflektieren hatte, brach ein grundsätzlicher Streit über den Widerstand auf. Durchgängig hatte sich unter dem Eindruck der wissenschaftlichen Entwicklung der Widerstandsforschung die Frage gestellt, welcher Widerstand erinnerungs- und damit auch darstellungswürdig sei. Nach der ersten Teileröffnung der erweiterten Gedenkstätte entzündete sich Kritik an der Andeutung kirchlicher Anpassung, die unter dem Begriff „Im Sog der Zeit“ den Hintergrund für die Darstellung des Widerstands aus christlichem Bekenntnis geben sollte. Dabei wurden die Konturen der Diskussionen über die Anpassung der Kirchen an Erwartungen und Forderungen des Regimes in seiner Konsolidierungsphase deutlich, die vor allem den Streit der fünfziger und sechziger Jahre über das Reichskonkordat vom Sommer 1933, die hingenommene Auflösung des politischen Katholizismus und die Lähmung des katholischen Vereins- und Verbandssystems geprägt hatten. Überraschend war, dass die Kritik mit einer Relativierung des ebenfalls ausgestellten Widerstands aus der Arbeiterbewegung einherging und die Darstellung des kommunistischen, sozialdemokratischen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Widerstands als Versuch interpretierte, ein sozialdemokratisch inspiriertes Widerstandsverständnis zum Ausgangspunkt der thematischen Arbeit zu machen.

Damit war eine Frontstellung bezeichnet, die sich in der Folgezeit unterschiedlicher Argumente bediente, in Argumentation und Methode radikalisierte, insgesamt aber deutlich machte, dass die Beschäftigung mit dem Widerstand geschichtspolitisch immer noch von hoher Brisanz war und der Konsens einer Würdigung der gesamten Regimegegnerschaft nur so lange hielt, wie der „klassische Widerstandsbereich des 20. Juli 1944“ nicht durch gleichgewichtige Erschließung anderer Themen relativiert oder einer Konkurrenz von Deutungen ausgesetzt wurde.

Es begann eine langwierige Auseinandersetzung um Bewertungen, Begriffe und Ausstellungsprinzipien, die von Einzelnen, von Gruppen und Institutionen geführt wurde. Der Grundkonflikt entzündet sich vordergründig an der Frage, ob historische Ausstellungen ein pluralistisches Geschichtsbild reflektieren oder ermöglichen sollen, insbesondere an Bildern und Kommentierung im Bereich des katholischen Widerstands. Während kein Betrachter Anstoß an einem Bild nahm, das den württembergischen Landesbischof Theophil Wurm nach der Aufhebung des Hausarrests im Kreis einer den Arm zum Hitlergruß hebenden Menge zeigt, rief ein Bild mit katholischen Geistlichen, die ebenfalls den Arm erhoben hatten, heftige Proteste hervor. Kritiker wandten sich an die Schulsenatorin, die es ablehnte, Druck auf die Ausstellungsleitung auszuüben. Sie nutzte die Eröffnung einer Ausstellung über den Widerstand der katholischen Kirche im Weltanschauungskampf, um energisch vor der Diffamierung des kommunistischen Widerstands zu warnen und für ein möglichst breites Spektrum der Widerstandsgeschichte zu plädieren.

Nach der zweiten Teileröffnung – unter anderem der Einheiten über das Exil und die Widerstandsorganisation Harnack/Schulze-Boysen – wurde verlangt, eine eigenständige Ausstellungseinheit als Gegengewicht zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung zu konzipieren und mit der Raumbezeichnung „Christdemokraten im Widerstand“ einzurichten. Der Einwand, es solle kein das aktuelle Parteienspektrum spiegelndes Bild des Widerstands gezeichnet, sondern ein sich am Selbstverständnis der Regimegegner orientierendes, integrales Spektrum der Gesamtgegnerschaft präsentiert werden, vermochte nicht zu überzeugen. Es müsse gezeigt werden, „dass die politische Ordnung, die der Widerstand erreichen wollte, auch heute noch unsere Zustimmung finden kann. Widerstand gegen den Nationalsozialismus, das ist die große, einigende Formel, aber Widerstand wofür, das ist doch letztlich eine noch wichtigere Frage“, meinten die Kritiker.

Der Versuch, Widerstandsziele zu unterscheiden, führte zur Gegenüberstellung von demokratisch-antitotalitärem und kommunistisch-totalitärem Widerstand. Diese Argumentation machte einen Grundzug der „besitzergreifenden Widerstandsdiskussion“ der Nachkriegszeit deutlich, bei welcher der Anspruch auf die Erinnerung einer Dimension des Widerstands mit der Abqualifizierung einer anderen einherging. Vergessen wurde meist, dass sich Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft im Laufe einer widersprüchlichen Entwicklung zu entfalten hatte.

Wandel der Erinnerung an den Widerstand

Vor allem die Erwähnung der Widerstandsgruppen um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen und deren Ehefrauen war in den fünfziger Jahren kaum opportun. Gerhard Ritter hatte sich, im Unterschied zu Hans Rothfels, in seiner Biografie von Karl Friedrich Goerdeler deutlich gegen die Würdigung der „Roten Kapelle“ ausgesprochen und Verbindungen zwischen dem kommunistischen Widerstand und der SED-Führung hergestellt. Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck im Zusammenhang mit dem kommunistischen Exil als Gegner des NS-Staates als Zeitgenossen zu schildern, die, auf der Seite Stalins stehend, zugleich versuchten, das NS-Regime von außen zu bekämpfen, war umso weniger möglich, als die SED-Führung propagandistisch alles daran setzte, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus als kommunistisch geführt und von Moskau angeleitet erscheinen zu lassen. Dass es unabhängige kommunistische Widerstandsgruppen um Uhrig, Bästlein und Saefkow gab und dass das Nationalkomitee Freies Deutschland und der Bund Deutscher Offiziere zwar mit Stalins Einverständnis gebildet worden waren, aber eigenständig urteilende Anhänger aufwies, das zu erkennen weigerten sich viele Zeitgenossen.

Versuche, Hitlers Herrschaft von außen zu bekämpfen, erschienen geradezu als Parteinahme für die Interessen einer fremden Macht. Vor allem der Anspruch, Hitlers Diktatur durch die Zusammenarbeit mit einer anderen bekämpft zu haben, erregte manche Gemüter. Dies sei Verrat gewesen, wurde akzentuiert, unter der Assistenz schließlich auch rechtsextremistischer Wochenzeitungen. Die auf Besitzergreifung zielende Auseinandersetzung um Widerstands begriffe und Erscheinungsformen

der Widerständigkeit – vor allem das „Risiko“ des Kampfes innerhalb des NS-Staats wurde hervorgehoben – zeigte rasch, dass es nicht um eine reflektierte Klärung von diskussionswürdigen Grundproblemen des Verhältnisses zwischen Anpassung und Resistenz, von Selbstbehauptung und Protest, gar von Konspiration und Verschwörung bis hin zum Attentat vom 20. Juli 1944 ging, sondern vor dem Hintergrund kollektiven Durchhaltewillens oder einer bis in die letzten Tage des Krieges währenden Verstrickung vieler in die NS-Zeit um die nachträgliche Rechtfertigung persönlicher Positionen. Denn letztlich stellte sich mit der Frage nach dem Widerstand das Problem des persönlichen Verhaltens im „Dritten Reich“.

Während des Braunschweiger Remer-Prozesses, den Angehörige von Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 im Jahre 1952 gegen den damaligen SRP-Funktionär und ehemaligen Wehrmachtsmajor Otto-Ernst Remer angestrengt hatten, hob Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hervor: „Am 20. Juli 1944 war das deutsche Volk total verraten von seiner Regierung, und ein total verratenes Volk kann nicht mehr Gegenstand eines Landesverrats sein.“ Diese Klarstellung sollte den verbreiteten Verratsvorwurf gleichsam im Keim ersticken. Diejenigen, die sich gegen Hitler ausgesprochen und den Nationalsozialismus bekämpft hatten, sollten nicht länger als „Verräter“ bezeichnet werden können. Als eigentlicher Verräter galt Bauer hingegen Hitler, dessen Verbrechen von seinen Anhängern oder willigen Gefolgsleuten nicht erkannt worden waren.

Eine weitere Differenzierung ergab sich aus der Unterscheidung von Widerstandsmotivationen, Verfolgungserfahrungen und Oppositionszielen. Sie drückte sich während der frühen fünfziger Jahre besonders deutlich in den Generalklauseln des Bundesentschädigungsgesetzes von 1953 aus. Heftige konträre Bewertungen unterschiedlicher Gruppen waren seitdem durchgängige Begleitscheinung der Widerstandsdiskussionen. Die damit einhergehende Distanzierung vom Gesamtwiderstand wurde durch die Kritik an den Emigranten verstärkt, und zwar durch jene, die dem Nationalsozialismus und seiner Politik nach 1933 folgten oder ihr verfügbar blieben. Der Rechtfertigung des eigenen passiven Gehorsams standen dabei Hinweise auf nationale Gemeinsamkeiten, auf die angeblich von Hitler ausgehende Faszination, auf den „Eid“ oder auch auf die innere Übereinstimmung vieler mit seinen Zielen, in der Regel allerdings mit Ausnahme der Ermordung der Juden, zur Verfügung. Wurde der Widerstand in diesem Zusammenhang von ehemaligen Angepassten und

Mitläufern noch kritisch-distanziert betrachtet, so lehnten viele Zeitgenossen das Exil nicht selten vollständig ab. Neben Selbstmord und Desertion galt die Emigration als einer der moralisch tiefstehenden und niedrigen Versuche, den Nationalsozialismus zu bekämpfen.

Mitte der fünfziger Jahre schien sich jedoch ein Wandel in der Beurteilung des Widerstands zu ergeben, der zum einen außen- und verteidigungspolitische Veränderungen spiegelte, zum anderen aber auch die Diskussion zwischen einer nachwachsenden Generation und der Generation ihrer Eltern über das „Dritte Reich“ reflektierte. Die Argumentationsstrategie der Selbsterklärung wurde von den Zeitzeugen modifiziert: Der verbrecherische Charakter des Regimes wurde zwar nicht generell abgestritten, jedoch in der Regel von den persönlichen Lebenserfahrungen getrennt („Nichts gesehen, nichts gewusst!“) oder mit Nachkriegserfahrungen aufgerechnet: Flucht, Vertreibung, Vergehen sowjetischer Soldaten, Teilung Deutschlands und Kriegsgefangenschaft wurden abwehrend angeführt, wenn der verbrecherische Charakter des Regimes konstatiert und als politisch-moralische Herausforderung für die Zeitgenossen gedeutet wurde.

In den Kontroversen der achtziger Jahre wurde ein Grundkonflikt der Nachkriegszeit sichtbar, der unter dem Eindruck des in Gedenkfeiern zur Erinnerung an den Widerstand ritualisierten Konsenses aus dem Bewusstsein geraten war. Widerstand gegen den Nationalsozialismus zielte nicht auf die hehre Feierlichkeit von Nachgeborenen, die ihre persönlichen politischen Ziele auf den Gegensatz zum Nationalsozialismus beziehen wollten, sondern wirkte als Stachel im Fleisch der Zeitgenossen der NS-Zeit. Deshalb brachen immer wieder geschichtspolitische Kontroversen auf, die ihre Schubkraft nicht zuletzt aus der Realität des Völkermords an den Juden, der Verfolgung politischer Gegner und der mit allen Mitteln durchgesetzten Homogenisierung der Gesellschaft zogen. Mit den Verbrechen des „Dritten Reiches“ wurde der Widerstand aber nicht nur historisch legitimiert, sondern er warf die grundlegende Frage nach dem Verhalten der Zeitgenossen auf. Indem sich manche der Angepassten und Gehorsamen von den moralisch krampfhaft diskreditierten Widerstandszielen, -formen und -gruppen insbesondere der politischen Linken distanzieren, rechtfertigten sie zugleich ihr eigenes Verhalten. Hinweise auf totalitäre Ziele kommunistischer Regimegegner, auf das

bewusst vermiedene Risiko eines Widerstands von außen oder auf das egoistische und deshalb menschlich verwerfliche Paktieren mit fremden „Gewahrsamsmächten“ sollen das persönliche Fehlverhalten der nicht zum Widerstand entschlossenen und befähigten „Mitläufer“ erklären.

Was bleibt?

Inzwischen hat sich ein integrales Verständnis des Widerstands durchgesetzt. Es will die Verfolgung und Selbstbehauptungsbestrebungen von Regimegegnern, die unterschiedliche Traditionen verkörpern, auf die antipluralistische, antirechtsstaatliche, antiparlamentarische und antiliberalen bzw. antimarxistische Herrschaftspraxis des Regimes beziehen. Alles andere würde das mit dem Selbstverständnis des Grundgesetzes zusammenhängende Konzept der streitbaren Demokratie rückwirkend in die NS-Zeit verlängern und dabei übersehen, dass die individuellen Grund- und Menschenrechte selbstverständlich auch dem politischen Gegner zustehen.

Es kommt nicht mehr darauf an, dass sich der Historiker als Staatsanwalt oder Weltgericht versteht, sondern er hat die Vielfalt von Herausforderungen zu begreifen, die das Jahrhundert der Diktaturen dem Individuum zumutete. Sechzig Jahre nach dem Attentat sind die Konflikte zwischen den Zeitgenossen und den Generationen ausgetragen. Zurück bleibt eine Chance: die Konfrontation mit einem Widerstand, in dem sich der Einzelne, legitimiert durch sein Gewissen, auf seine höchste Verantwortung beruft. Verkörperte sich im Widerstand nicht die Frage nach Geltungsgründen und Zielen politischer Herrschaft, die Interaktionen von Menschen prägen und rechtfertigen können, aber auch kritisierbar machen? So betrachtet, stellt sich in jedem Widerstandskämpfer eine Frage, die sich mit anderen zu einem Komplex bündelt, der Widerstandsgeschichte nur zu einem in der historisch-politischen Deutung zu bewältigenden Bereich der Sinndiskussion und -reflexion (also nicht Sinnggebung oder gar -stiftung) machen kann, wenn die Nachlebenden in der historischen Erinnerung die Pluralität des Widerstands selbst aushalten können und als Bereicherung empfinden.

Die geschichtspolitische Verortung des 20. Juli 1944

Renovierungsarbeiten an Geschichtsbildern

Man kann den Eindruck gewinnen, dass, je weniger Zeitzeugen der Ereignisse um den 20. Juli 1944 zur Verfügung stehen, desto mehr Zeitgenossen heute bezeugen, dass der Widerstand gegen das NS-Regime doch eine selbstverständliche und erwartbare Tat gewesen sei. Das Bild des Widerstandes in der Geschichte ist in Bewegung. Ähnliches hat man mit dem Datum 8. Mai 1945 erfahren. Dieses Ereignis wurde zwischenzeitlich für viele zu einem Tag der Befreiung,¹ und von daher kann die Tat des 20. Juli 1944 nur als eine veruchte Selbstbefreiung gelten.

Dieses durchaus verständliche Urteil verändert eine frühere Bewertung, denn der 20. Juli 1944 war in der Geschichte auch einmal als Staatsstreich bezeichnet worden. Niemand kam 1944 öffentlich auf den Gedanken, sich mit den Akteuren zu solidarisieren und für Widerstandsaktionen etwa nach dem Vorbild der französischen Résistance zu sorgen. Im Gegenteil: Der Propaganda des Regimes gelang es, weit über ihre Zeit hinaus erfolgreich von Verrat und Eidbruch zu sprechen. Diese Abwehrpolitik des Regimes blieb in der Bundesrepublik noch lange Zeit lebendig und wirksam.²

Der 8. Mai 1945 hat in der Bundesrepublik eine geschichtspolitisch weitreichende Umwertung erfahren, insofern als er im Rückblick zum Tag der

1 Vgl. Renate Köcher, Frieden, nicht Befreiung, in: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, München 1997, S. 523 f.; vgl. ferner Das geteilte Geschichtsbewusstsein, in: ebd., S. 505–507, wo es heißt: „Der Beitrag der Demoskopie zur Geschichtswissenschaft besteht zu einem großen Teil darin, die Verschiebungen zu registrieren, die das Geschichtsbild erfährt. Die langsamen Wandlungen, die die Demoskopie in Westdeutschland registrierte, haben eine Tendenz: Sie legen eine immer schwerere Schuldlast auf die Deutschen der nationalsozialistischen Zeit. Immer weiter hat sich in den letzten Jahrzehnten die Ansicht ausgebreitet, die Deutschen hätten Widerstand leisten können.“ (S. 507)

2 Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, hrsg. von Elisabeth Noelle/Erlich Peter Neumann, Allensbach am Bodensee 1956, S. 138.

Befreiung mutierte. Davon war bereits in der DDR die Rede. Uminterpretationen von historischen Ereignissen sind an sich Bestandteile autoritärer bzw. totalitärer, jedenfalls partizipationschwacher Gesellschaften. Die herrschende Klasse kann relativ einfach – *top down* – neue Daten von Siegen, Geburtstagen und Ähnlichem verbindlich verordnen. Strapaziöser war es dagegen in der jungen Bundesrepublik, den Status einer besiegten Feindnation einzunehmen. Wir können uns deshalb fragen, ob es im Umgang mit Geschichte nun möglich wird, sich die Schicksalsdaten auszusuchen, sozusagen ein Geschichtsmenü zu bestellen?

Zu einem derartigen geschichtsingenieurhaften Vorgehen eignet sich, wie gezeigt, auch der 20. Juli 1944. Seine Vertreter verkörperten nach eigenem Selbstverständnis das „andere Deutschland“³. Und eben diesem meint man auch heute angehören zu dürfen. Insofern besteht die Gefahr, dass die Entstehungsbedingungen des NS- und SS-Staates nicht mehr verstanden werden. Man könnte von einem Entfremdungsprozess sprechen, weg von der realen Geschichte hin zu einer oppositionell gebliebenen. Insofern könnte von einer Bewusstseinsreinigung gesprochen werden, und dann hätte eine wahre geschichtspolitische Volte stattgefunden. Dies wäre nicht ungefährlich, und für diesen Tatbestand sprechen einige Beobachtungen. Damit würde man sich Distanz verschaffen zu den Tätern des NS-Regimes und auch ein wenig zu den Opfern, für die man dann ja nicht mehr unbedingt eine historische Verantwortung tragen müsste. Derartig geschichtlich entlastet lässt sich leichter den Tagesgeschäften nachgehen und tagesaktuell urteilen, etwa über die Politik Israels. Geschichtspolitische Entlastungen gebären offensichtlich manchmal Ungeheuer.

Vielleicht ist es besser, entlang der engeren Fachliteratur die Mühen der Archivarbeit zur Kenntnis zu nehmen. Dann werden die Akteure des 20. Juli 1944 in ihrer historischen Eingebundenheit und mit ihren Licht- und eben auch Schattenseiten⁴ ernst genommen – und nur so wird ihre ungeheure

3 Gerd Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli. Das „andere Deutschland“ in der Vergangenheitspolitik, Berlin 1998.

4 Vgl. Hans Mommsen, Die Stellung des Militäropposition im Rahmen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hit-

Leistung in dürrer Zeit deutlich. Denn wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die meisten der Juli-Akteure nicht geborene Gegner Hitlers waren, sondern dass sie erst dazu wurden. Aus der Partizipation entstand erst die Opposition. Zur Opposition, ja zur Gegnerschaft Hitlers zu kommen, beruhte auf eigener Einsicht, die nicht von Anfang an gegeben war. Die Opposition blieb winzig klein, denn Heldentum macht einsam; Handeln gegen die übergroße öffentliche Meinung isoliert. Davon wussten auch die Nachkommen der Offiziersfamilien in der Bundesrepublik noch lange zu berichten. Der 8. Mai 1945 war für sie in der Tat eine Befreiung. Für sie entstand eine klare Erinnerung, die sich nicht zu ändern brauchte. Aber geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung fördert eben doch auch die Verstricktheit in das System zutage.⁵ Sich zum Widerstand zu entschließen erforderte Selbstaufklärung, Urteilsvermögen und dann auch Tatkraft. Für die große Mehrheit der Kameraden aber war die damalige Entscheidung schlicht Verrat oder zumindest Gehorsamsverweigerung, wenn nicht Eidbruch.

Dass die Tat dann auch noch erfolglos blieb,⁶ lässt ein erfolgsorientiertes Volk besonders kritisch urteilen, ja aburteilen. Die Alliierten bekundeten ebenfalls kein Interesse.⁷ Und überhaupt war es ja nur eine Adelsrevolte: Die gerechte Sache hatte offensichtlich nur wenige Freunde. Das „andere Deutschland“ waren ganz wenige, und heute möchten ganz viele dazugerechnet werden. Insofern kann man mit derartigen geschichtspolitischen Veränderungsprozessen wenig zufrieden sein. Geschichtsbewusstsein verlangt die Kenntnis des Gewordenseins. Geschichtspolitik wird aus dieser Sicht zur Konstruktion einer Vergangenheit, die so nicht oder nie existierte, sehr wohl aber ein nützliches Bild abgibt, etwa in geschichtspädagogischer Absicht. Deshalb sollte Skepsis gegenüber

der Methodik des Konstruktivismus walten. Der Erfindbarkeit von Traditionen steht als Korrektiv die öffentliche Meinung gegenüber. Zudem könnten im Ausland die Dinge anders beurteilt worden sein als aus nationaler Perspektive. Und schließlich bieten intellektuelle Positionen unbotmäßig-oppositioneller Art eine Chance, konstruktivistische Perspektiven in Frage zu stellen.

Wie problematisch ein geschichtspolitischer Konstruktivismus auch immer sein mag: Ein geschichtspolitisches Denken herrscht durchaus vor. Der Disput um die Deutungshoheit hat seine eigenen Waffen und Regeln, denen man sich nicht ohne Schaden entziehen kann.

Was heißt Geschichtspolitik?

Geschichtspolitische Kontroversen verbinden sich etwa mit der Fischer-Kontroverse, dem Historikerstreit, der Debatte um die Bewertung des 8. Mai 1945, der Debatte um den Wiederaufbau des Hohenzollern-Schlusses in Berlin und mit den Fragen nach einem Bundesland Preußen, mit der so genannten Walser-Bubis-Debatte, mit den Fragen zum Holocaust-Mahnmal, mit der Beachtung und Bewertung von deutschen Brandopfern nach alliierten Bombeneinsätzen, mit der Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern oder mit der Frage der Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen. Diese erinnerungspolitischen, z. T. vergangenheitspolitischen, spezifisch auf die NS-Zeit bezogenen Debatten haben in Frankreich und Deutschland⁸ zu dem historischen Projekt geführt, die *lieux de mémoire*, die Erinnerungsorte, ins Gedächtnis zu rufen, darunter auch den Widerstand gegen den Nationalsozialismus.⁹

All diese Vorgänge sind eingebettet in die Aufarbeitungsstrategien der Medien, namentlich des wirkungsreichen Fernsehens. Ob es um „affektive Bilder statt (um eine) geschichtspolitische Analyse“ geht, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ über auf den „D-Day“ und den 20. Juli 1944 bezogene Sendungen schreibt¹⁰, sei dahingestellt. Jedenfalls ist eine geschichtspolitische Debatte – textlich dokumentiert oder nicht – wohl stets funktional begleitet, wenn nicht inspiriert. Ähnliches gilt für die printmedialen Leitorgane, vor allen für den „Spiegel“, dessen Agora-Rolle in den Kontroversen

ler, in: Thomas Vogel (Hrsg.), *Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945*, Bonn 2002, S. 41 f.; vgl. auch die erste Ausgabe dieses Bandes: Annedore Leber/Willy Brandt/Karl-Dietrich Bracher (Hrsg.), *Das Gewissen steht auf*, Frankfurt/M. 1956.

5 Vgl. Hermann Wentker, *Gewissen im Vernichtungskrieg. Der nationalkonservative Widerstand gegen Hitler verdient eine differenzierte Betrachtung*, in: *Die Welt* vom 15. 5. 2004; Peter Steinbach, *Der Attentäter. Stauffenberg und die Männer des 20. Juli 1944 kann man nur aus ihrer Zeit heraus verstehen*, in: *Die Welt* vom 25. 2. 2004.

6 Vgl. Peter Steinbach, *Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld*, in: ders./Johannes Tuchel (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 597.

7 Vgl. Gerd R. Ueberschär, „Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen . . .“. Die Sorge der Hitlergegner um das Bild vom deutschen Widerstand im Ausland, in: ders. (Hrsg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA*, Darmstadt 2002, S. 13–21.

8 Vgl. Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*. 3 Bde., München 2001.

9 Vgl. Jürgen Danyel, *Widerstand*, in: ebd., Bd. 2.

10 NZZ vom 15. 5. 2004.

sen enorm sein dürfte. Insofern muss man von den *cadre médiale de la mémoire*¹¹ sprechen, welche die Erlebniswelt der Gegenwart bestimmen. Was die Geschichte lehrt, wenn sie es überhaupt noch tut, ist jedenfalls – oder anscheinend – Sache starker Deutungszirkel.

Selbstverständlich gilt einerseits der wissenschaftliche Wahrheitsmaßstab, nur ist andererseits zu konstatieren, dass ähnlich wie in der Ökonomie viele Wahrheiten, viele berechtigte Interpretationen kursieren; auch in der Bewertung des 20. Juli 1944. Auch diese Vielfalt ist wahr. Deshalb kommt es sehr wohl auf die Frage nach der Deutungshoheit an, denn setzt sich etwa die Meinung fest, „der 20. Juli“ sei eine Angelegenheit demokratiefernere Adliger, die in letzter Minute den militärischen Untergang hätten abwenden wollen, dann hätte dies weitreichende Konsequenzen: „Überall in der Republik sind Straßen, Schulen und Kasernen nach den Männern des 20. Juli benannt.“¹² Im Umfeld des Bundesverteidigungsministeriums im Bonner Stadtteil Hardtberg findet sich folgende imponierende Liste: Ulrich-von-Hassel-Straße, Josef-Wirmer-Straße, Max-Habermann-Straße, Beckstraße, Goerdelerstraße, Delpstraße, von-Witzleben-Straße, Letterhausstraße, Leuschnerstraße, Prof.-Huber-Straße, Geschwister-Scholl-Straße, Julius-Leber-Straße, Edith-Stein-Anlage.

Auch eine von-Stauffenberg-Straße gibt es. Bekanntlich ist das Urteil über den zentralen Akteur des 20. Juli 1944, zumindest in der Bundeswehrtradition, umstritten gewesen. An von Stauffenberg oder an von Tresckow kann man die Konfliktlinien der geschichtspolitischen Debatten der vergangenen Jahrzehnte gut aufzeigen. Zurzeit diskutiert man (wieder) besonders das Involviertsein dieses Antifaschisten in die Zeit des Krieges und seiner Ereignisse und Vorkommnisse.¹³ Als Exkurs zum Stichwort Antifaschismus – um den es sich zweifelsfrei ja handelte – ist anzumerken: Wenn die Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern des NS-Staates hervorgegangen ist, dann gehört der Antifaschismus zur Staatsräson. Im Geburtsstadium dieser Republik musste diese

sich aber bereits erneut einer Diktatur erwehren, weswegen auch der Antikommunismus staatskonstitutiv wurde. Die Staatsräson der Bundesrepublik war demnach seit je eine antitotalitäre, und auf ihr baute der antitotalitäre Grundkonsens auf. Deshalb sind für das bundesrepublikanische Selbstverständnis Orte des Widerstandes von größter Bedeutung. So spielt der 20. Juli 1944 eine tragende Rolle – nur standen ihr anfangs andere Auffassungen in der öffentlichen Meinung entgegen.

Wem gehört der 20. Juli 1944?

„Wem gehört der 20. Juli 1944?“¹⁴, lautet die aktuelle Verortungsfrage, die zu einem Bestandteil der kulturellen Hegemonie¹⁵ werden kann. Diese Fixiertheit auf eine Idee kann Formen einer Lebenslüge in der Gesellschaft ausprägen. Wenn man z. B. zeitlebens in der DDR gelernt hat, dass der kommunistische Widerstand der einzig legitime Gegner Hitlers war, dann ist der daraus erwachsende Antifaschismus stark internalisiert. Aus dieser Blickbefangenheit sich zu befreien war und ist eine gesamtdeutsche Aufgabe geblieben. „Sobald Geschichte zur allgemein verbindlichen Erklärung von Vergangenheit wird, sich Deutungsmonopole bilden, gerinnt sie zum geschlossenen Mythos“, so der Althistoriker und Mittler der politischen Bildung, Jörg-Dieter Gauger.¹⁶ Und er ist sich bewusst: „Mit Geschichte lassen sich Skandale kreieren.“¹⁷ Entsprechend ist man stets gewahr, dass auch die „Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld“¹⁸ lag und liegt.

Wenn der Kern mancher Auseinandersetzung geschichtspolitischer Art „die Frage nach dem historischen Ort der Bundesrepublik, nach ihrem Selbstverständnis, nach den werthaften und normativen Inhalten ihres Gedächtnisses“ ist, wie der Experte für Geschichtspolitik, Edgar Wolfrum, in anderem Zusammenhang urteilt¹⁹, dann gilt es –

14 Jürgen Danyel in: E. Francois/H. Schultze (Anm. 8), Bd. 2, S. 234.

15 Vgl. Tilman Mayer, Die kulturelle Hegemonie in der Berliner Republik, in: Reinhard C. Meier-Walser/ders. (Hrsg.), Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiendemokratie seit 1998, München 2002, S. 11–29.

16 Jörg-Dieter Gauger, Vom öffentlichen Gebrauch der Geschichte, in: Jürgen Aretz/Günter Buchstab/ders. (Hrsg.), Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945, Freiburg i.Br. 2003, S. 16.

17 Ebd., S. 14.

18 P. Steinbach (Anm. 6).

19 Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Phasen und Kontroversen,

11 Anstelle der *cadres sociaux*, von denen Maurice Halbwachs spricht, worauf François und Schultze (ebd.) hinweisen, vgl. Maurice Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt/M. 1985.

12 Regina Holler, 20. Juli 1944 – Vermächtnis oder Alibi? Wie Historiker, Politiker und Journalisten mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgehen. Eine Untersuchung der wissenschaftlichen Literatur, der offiziellen Reden und der Zeitungsberichterstattung in Nordrhein-Westfalen von 1945–1986, München 1994, S. 17.

13 Vgl. H. Mommsen (Anm. 4), S. 42; H. Wentker (Anm. 5).

auch gegen Bedenken bezüglich der Berechtigung dieses geschichtspolitischen Ansatzes – anzuerkennen, dass dem Druck, sich an den Debatten um Erinnerungsorte zu beteiligen, sinnvollerweise nachzugeben ist, um Fehlprogrammierungen der politischen Kultur nicht sehenden Auges hinzunehmen.

Ergebnisse

Für den 20. Juli 1944 bedeutet dies, versuchsweise, folgende abschließende Bewertung in geschichtspolitischer Absicht vorzunehmen. Im Vergleich zu anderen wichtigen Daten deutscher Geschichte, die um geschichtspolitische Aufmerksamkeit konkurrieren, etwa dem 17. Juni 1953, dem 13. August 1961, dem 8. Mai 1945, den verschiedenen Ereignissen am 9. November und auch im Vergleich zum wilhelminischen Sedanstag vom 2. September 1870 oder zum Reichsgründungstag vom 18. Januar 1871 wird mit dem 20. Juli 1944 eine die Öffentlichkeit heute bewegende Widerstandshandlung gegen eine totalitäre Diktatur, aus der heraus Massenverbrechen begangen wurden, verbunden. Die erinnernde Gesellschaft hat, bezogen auf die-

ses Datum, erst im Laufe von Jahrzehnten, die Ostdeutschen erst nach 1989, eine sich mit der Handlung identifizierende, historisch würdige Position bezogen.²⁰

Identifizierung bedeutet nicht unkritische Aneignung oder vorbehaltlose Zustimmung, nicht eine die Personen glorifizierende Monumentalisierung oder die Monopolisierung der Widerstandshandlungen auf die Kreise, die im engeren oder im weiteren Sinne mit dem Wolfsschanzenereignis und seinen Folgen zu tun hatten. Aber Identifizierung mit den Widerstandskreisen des 20. Juli, die ja ein plurales Spektrum umfassten und keineswegs alle einzig auf eine Demokratie heutiger Prägung hin orientiert waren, bedeutet, ein Stück *Konsens* in der Parteiendemokratie Deutschlands artikulieren zu können, dokumentierbar etwa in Reden der Bundespräsidenten. Das trug und trägt zur Integration der Bonner und wohl auch Berliner Republik bei. Wenn dieser Konsens trotz vergangener Deutungskontroversen Bestand hat, so wäre die geschichtspolitische Verortung dieses antitotalitären Widerstandes als symbolischer Akt innerhalb der politischen Kultur Deutschlands abgeschlossen. Am Charakter der Selbstbefreiung Deutschlands wird kaum zu zweifeln sein.

in: Petra Bock/ders. (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit*, Göttingen 1999, S. 56.

20 Dafür stehen zwischenzeitlich fünf Auflagen des Werkes „Aufstand des Gewissens“, zuvor „Das Gewissen steht auf“ (Anm. 4).

Auf dem Weg zum 20. Juli 1944

Motive und Entwicklung der Militäropposition gegen Hitler

Sowohl unmittelbar nach dem gescheiterten Attentatsversuch auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 als auch nach Kriegsende im Mai 1945 war die Frage nach den Motiven der Verschwörer gegen den Diktator umstritten. Viele Deutsche hatten nach dem 20. Juli angesichts der schwierigen militärischen Situation Deutschlands ihr Unverständnis über den Anschlag auf den „Führer“ geäußert, da sich das Reich in ihren Augen in einem erbitterten Kampf befand und sie noch immer ein siegreiches Kriegsende erhofften, wie verschiedene Berichte überliefern.¹ Für die NS-Propagandisten waren die Erklärungen Hitlers und Goebbels' zum Attentat verbindlich; demnach waren die Attentäter „vom Ehrgeiz zerfressene, ehrlose, feige Verräter“, wie es der Präsident des „Volksgerichtshofs“, Roland Freisler, mehrfach in den Urteilen der auf Weisung Hitlers veranstalteten Prozesse gegen die Verschwörer formulierte.² Erklärungen der Verurteilten fanden sich in der gleichgeschalteten und zensierten Presse des NS-Staates nicht. In den Schauprozessen war es ihnen fast unmöglich, ihre Motive darzulegen. Nur selten gelang es den Angeklagten, diese kurz zur Sprache zu bringen, wie beispielsweise Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld, als er während der Verhandlung trotz Gebrüll und Unterbrechung durch Freisler auf die „vielen Morde“ an den Juden im besetzten Polen 1939 hinwies, die für ihn besonderer Anstoß zum Widerstand gegen Hitler gewesen seien.³

1 Bundesarchiv (BA) Berlin, R 55/614, Bericht des Hauptreferates Pro PA im Reichspropagandaministerium vom 27. 7. 1944 betr.: Stimmungsmäßige Auswirkungen des 20. Juli 1944, S. 3 (Bl. 83). Zur Einschätzung und zum Ablauf des 20. Juli 1944 siehe Gerd R. Ueberschär, *Stauffenberg – Der 20. Juli 1944*, Frankfurt/M. 2004; Peter Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1979³.

2 Vgl. Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München (Hrsg.), *Widerstand als „Hochverrat“ 1933–1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht*. Mikrofiche-Edition und Erschließungsband. Bearb. von Jürgen Zarusky und Hartmut Mehringer, München 1997–1998.

3 Vgl. Gerd R. Ueberschär, *Der militärische Widerstand, die antijüdischen Maßnahmen, „Polenmorde“ und NS-Kriegsverbrechen in der ersten Kriegsjahren (1939–1941)*, in: ders. (Hrsg.), *NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler*, Darmstadt 2000, S. 31.

Nach dem Ende des Krieges und dem Untergang des NS-Regimes bestimmten zunächst alliierte Erklärungen die Sichtweise über den Widerstand gegen Hitler. Danach habe es sich bei dem Umsturzplan „Walküre“ am 20. Juli 1944 um einen späten Versuch militärisch-konservativer Kreise gehandelt, durch die Ausschaltung des Diktators das Deutsche Reich vor der militärischen Niederlage zu bewahren. Die Verschwörer galten als preußische Militaristen und Junker, deren Vorstellungen man beim Aufbau einer politischen Nachkriegsordnung in Deutschland auf keinen Fall berücksichtigen wollte.

In der deutschen Zeitgeschichtsforschung nach 1945 bemühte man sich um eine Rehabilitierung des Widerstandes gegen Hitler als das „andere, bessere Deutschland“. Um diese Intention zu erreichen, haben viele Studien die breite Motivlage der Hitlergegner untersucht und das weite gesellschaftliche Spektrum der Opposition dargelegt.⁴ Undokumentiert ist allerdings die dem britischen Premierminister Winston Churchill zugeschriebene Ehrenerklärung für den deutschen Widerstand aus dem Jahr 1946, mit der eine Wende der alliierten Betrachtung konstatiert wird: Die deutschen NS-Gegner seien „allein angetrieben von ihren Gewissensnöten zu dem Kampf gegen Hitler bewogen worden; ihr Widerstandskampf zähle deshalb zu den größten und vornehmsten Taten der Weltgeschichte“⁵.

Mehrere Untersuchungen nach 1945 haben ein Motivbündel der militärischen Verschwörer erkennen lassen,⁶ das schon vor dem Krieg bestand und schließlich am 20. Juli 1944 zur Tat Graf Stauffen-

4 Vgl. die Beiträge in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime*, Köln 1994; Neuaufgabe: *Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945*, Berlin 1998; vgl. auch Peter Steinbach, *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*, Paderborn 1994.

5 Lothar Kettenacker, *Die Haltung der Westalliierten gegenüber Hitlerattentat und Widerstand nach dem 20. Juli*, in: G. R. Ueberschär, *Der 20. Juli 1944* (Anm. 4), S. 29.

6 Vgl. Manfred Messerschmidt, *Motive der militärischen Verschwörer gegen Hitler*, in: ebd., S. 107 ff.

bergs führte. Nicht selten kamen Motive hinzu oder bestehende wurden verstärkt, wenn das Regime seine politischen Ziele durch rücksichtslose Kriegführung und Vernichtungspolitik zu erreichen suchte.

Frühe militärische Widerstandspläne

Bereits während der außenpolitischen Krise um den Anspruch auf das Sudetenland im Sommer und Herbst 1938 hatten militärisch-konservative Widerstandskreise einen Staatsstreich in Form eines konkreten Umsturzplanes entworfen, dessen Erörterung bis in die höchsten Stellen im Oberkommando des Heeres (OKH) reichte. In ihm waren unterschiedliche Gruppierungen mit verschiedenen Zielen, Motiven und Methoden zusammengeführt.⁷ Bei diesen frühen militärischen Widerstandsplänen muss sowohl die innenpolitische Situation in der Zeit der Gleichschaltung staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen bei der Errichtung des NS-Herrschaftssystems ab 1933 als auch jenes in der historischen Forschung als „Bündnis“ oder „Entente“ bezeichnete besondere Verhältnis zwischen Wehrmacht und Nationalsozialismus ab 1933/34 berücksichtigt werden. Dieses „Bündnis der Eliten“ war Ursache jener „seltsamen, oft tragisch anmutenden Zwiespältigkeit der Haltung der deutschen Generalität und weiterer Kreise des Offizierkorps“ gegenüber Hitlers Kriegspolitik,⁸ welche die Bildung einer entschlossenen Opposition unter Offizieren erheblich erschwerte.

Für die militärische Elite hatte die Zeit nach dem Regierungsantritt Hitlers im Januar 1933 einen beeindruckenden Machtzuwachs gebracht. Schon Jahre zuvor insgeheim entworfene Pläne für eine Aufrüstung wurden nun in die Tat umgesetzt; sie eröffneten den Offizieren durch personelle Vergrößerung des bisherigen 100 000-Mann-Heeres

7 Vgl. Klaus-Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940*, Stuttgart 1969; zu den verschiedenen Stufen des Widerstandes siehe Dieter Ehlers, *Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944*, Bonn 1964; Peter Hüttenberger, *Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“*, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion*, Göttingen 1977, S. 117–134.

8 Vgl. Fritz Fischer, *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945*, Düsseldorf 1979; Zitat bei Walter Görlitz, *Die deutsche Militäropposition 1939–1945*, in: *Frankfurter Hefte*, (1949) 4, S. 230.

große Aufstiegschancen. Die Heeresführung suchte einen herausgehobenen Platz im Gefüge des NS-Staates zu erlangen und gegenüber Bestrebungen von SA und SS zu wahren. Vereinzelt distanzierte Stimmen über „Auswüchse“ und erste Verbrechen fanden nur ein geringes Echo. Während der „Blomberg-Fritsch-Affäre“ 1938 zeichnete sich allerdings eine kritische Haltung mehrerer höherer Offiziere ab, welche die nationalsozialistischen Machenschaften gegenüber der bisherigen Wehrmacht- und Heeresführung ablehnten.⁹ Einige waren über den Umgang der Staatsführung mit Generaloberst Freiherr von Fritsch als Oberbefehlshaber des Heeres entsetzt; sie fanden sich schließlich in einer oppositionellen Gruppe zusammen, die den Bruch mit der NS-Politik vollzog.

Nur wenige Offiziere erkannten damals die verbrecherischen Ziele des Diktators. Es kam zu Kontakten zwischen dem Chef des Generalstabes des Heeres, General Ludwig Beck, dem ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler, Reichsminister Hjalmar Schacht, Admiral Wilhelm Canaris und Oberstleutnant Hans Oster aus der Abwehrabteilung im Oberkommando der Wehrmacht (OKW). Vergeblich forderte Beck im Juli 1938 die Generalität auf, mit ihm gemeinsam den Rücktritt für den Fall anzudrohen, dass Hitler nicht von seinen Kriegsplänen lasse; Ziel war es, ein „*finis Germaniae*“ zu verhindern.¹⁰ Für Beck standen „letzte Entscheidungen für den Bestand der Nation auf dem Spiel“; die militärischen Führer hätten in dieser Situation „das Recht und die Pflicht vor dem Volk und vor der Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten“.¹¹ Beck musste jedoch erkennen, dass man ihm auf dem Weg des kollektiven Rücktritts nicht folgte, so dass er am 18. August 1938 seine Dienstenlassung beantragte.

Als im September 1938 die Gefahr eines Krieges um das Sudetenland wuchs, plante Becks Nachfol-

9 Vgl. Karl-Heinz Janssen/Fritz Tobias, *Der Sturz der Generale. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938*, München 1994; Harold C. Deutsch, *Das Komplott oder Die Entmachtung der Generale. Blomberg- und Fritsch-Krise. Hitlers Weg zum Krieg*, München 1974; Jürgen Schmäddeke, *Die Blomberg-Fritsch-Krise. Vom Widerspruch zum Widerstand*, in: ders./Peter Steinbach (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1985, S. 368–382.

10 Vgl. Klaus-Jürgen Müller, *General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938*, Boppard 1980, S. 551 ff.; dagegen Peter Hoffmann, *Generaloberst Ludwig Becks militärisches Denken*, in: *Historische Zeitschrift*, 234 (1982), S. 101–121.

11 K.-J. Müller, ebd., S. 555.

ger General Franz Halder¹² mit dem im April neu ernannten Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst Freiherr von Weizsäcker, dem Befehlshaber des Berliner Wehrkreises, General Erwin von Witzleben, dem Oberquartiermeister I im Generalstab, General Carl-Heinrich von Stülpnagel, sowie mit Admiral Canaris und Oberstleutnant Oster einen Staatsstreich, um den befürchteten „großen Krieg“ abzuwenden.¹³ Halder wollte den Putsch auslösen, sobald Hitler den Krieg beginnen würde, um ihn so als Bankrotteur deutscher Außenpolitik entlarven zu können. Bei Kontakten mit der britischen Regierung gelang es jedoch nicht, die Briten unter Neville Chamberlain von der Ernsthaftigkeit der Oppositionsbemühungen zu überzeugen.¹⁴ London vereinbarte stattdessen mit Hitler am 29. September 1938 politische Regelungen, um durch Überlassung der Sudetengebiete an das „Dritte Reich“ die von Hitler provozierte Kriegsgefahr zu beseitigen. Der Staatsstreichplan vom September 1938 kam nicht zur Ausführung, da die von den Verschwörern gesetzte Prämisse, Hitler der Bevölkerung als Kriegstreiber präsentieren zu können, aufgrund des Münchener Abkommens und des dadurch unterbliebenen Angriffsbefehls gegen die Tschechoslowakei nicht eingetreten war.

Einerseits hat man nachträglich in Literatur und Forschung die Feststellung getroffen, der Putschversuch vom September 1938 sei ein Erfolg versprechender Plan gewesen.¹⁵ Andererseits mussten mancherlei Unsicherheitsfaktoren in der Umsturzplanung konstatiert werden. So wurden selbst im Lager der Verschwörer skeptische Überlegungen darüber angestellt, ob es gelingen könne, Hitler gegenüber den Soldaten und vor allem dem jüngeren Offizierkorps als Verbrecher und Zerstörer

des Reiches darzustellen.¹⁶ Zu einer vorbehaltlos bejahenden Antwort ist man innerhalb der Militäropposition nicht gelangt.

Unterschiedlich waren Motive und politische Ziele. Für Halder stellte der Coup d'Etat ein letztes Mittel dar, um den Krieg abzuwenden. Für Oster dagegen war bereits die Hitler'sche Kriegspolitik ein ausreichender Anlass zum Sturz des NS-Systems. In der Abwehrabteilung gab es zudem eine Gruppe von Offizieren, die vom verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Staates moralisch betroffen waren und deshalb die sofortige Tötung Hitlers bei einem Staatsstreich im Zuge eines Stoßtrupunternehmens in der Reichskanzlei beabsichtigten.¹⁷ Nach dem Münchener Abkommen kam es angesichts der unbestreitbaren außenpolitischen Erfolge Hitlers zur Resignation in militärischen Widerstandskreisen.¹⁸ Es schien fraglich zu sein, ob es gelingen würde, im Falle eines Umsturzes große Teile der Bevölkerung gegen Hitler zu mobilisieren. Folglich wurden dann weder der Juden-Pogrom vom 9./10. November 1938 noch die vertragswidrige militärische Besetzung der „Rest-Tschechei“ am 15. März 1939 als psychologisch günstige Ausgangspunkte neuer Staatsstreichversuche angesehen.

Eingeschränkte Möglichkeiten nach Kriegsbeginn

Die Erfahrungen des Jahres 1938 behinderten im Sommer 1939 vereinzelte Bemühungen, die von Hitler erneut heraufbeschworene Kriegsgefahr gegenüber Polen für eine Aktion gegen den Diktator zu nutzen.¹⁹ Man wollte erst einen Prestigeverlust Hitlers in Form einer schweren militärischen Niederlage abwarten. Den Kriegsbeginn sah man

12 Vgl. Gerd R. Ueberschär, Generaloberst Halder. Generalstabschef, Gegner und Gefangener Hitlers, Göttingen 1991; Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn 1991.

13 Vgl. Rainer A. Blasius, Für Großdeutschland, gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39, Köln 1981; Marion Thielenhaus, Zwischen Anpassung und Widerstand. Deutsche Diplomaten 1938–1941. Die politischen Aktivitäten der Beamtengruppe um Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt, Paderborn 1984.

14 Vgl. Archiv IfZ München, ZS 633: Mitteilungen von Boehm-Tettelbach vom 1. 7. 1955 und vom 6. 7. 1955; Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) Freiburg, N 124/3; Erich Kordt, Nicht aus den Akten. . . Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg, Stuttgart 1950, S. 252, 279.

15 Vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, Neuauflage München 1964, Stuttgart 1984, S. 202 ff.; Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, neue Ausgabe Frankfurt/M.–Hamburg 1958, 1986, S. 67.

16 Vgl. die Aussage von Hans Bernd Gisevius in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (International Military Tribunal/IMT), Nürnberg, 14. Nov. 1945–1. Okt. 1946, Nürnberg 1947–1949, Bd. 12, S. 234.

17 Vgl. Susanne Meinl, Nationalsozialisten gegen Hitler, Berlin 2000.

18 Vgl. Ulrich von Hassell, Vom ändern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Zürich 1946, Frankfurt/M. 1964, S. 59; Neuauflage: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom Ändern Deutschland, hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen unter Mitarbeit von Klaus Peter Reiß, Berlin 1988.

19 Vgl. Georg Thomas, Gedanken und Ereignisse, in: Schweizerische Monatshefte für Politik, Wirtschaft und Kultur, 25 (1945), S. 537 ff.

deshalb nicht mehr als unmittelbaren Anlass für einen Umsturzversuch an. Die „Kraftprobe auf Biegen und Brechen“ gegen Hitler – wie es von Weizsäcker rückblickend formulierte – ist im Sommer 1939 nicht gewagt worden.²⁰

Es darf nicht übersehen werden, dass der Angriff auf Polen auch in oppositionellen Kreisen prinzipielle Zustimmung fand. Die Lösung der Danzig-, Korridor- und Polenfrage, wie sie durch die Grenzziehung des Versailler Friedensvertrages von 1919 entstanden waren, wurde in der militärischen Führungselite für richtig gehalten. Wie Halder waren auch andere Generale der Ansicht, dass die Grenzziehung im Osten mit dem „Danzig-“ und „Nord-Ost-Problem“ Polen korrigiert werden müsse.²¹ Allerdings gab es auch einzelne Offiziere, die – wie beispielsweise Admiral Canaris – über Hitlers Kriegsabsichten empört waren und „jede sittliche Grundlage“²² dafür vermissten. Eine übergreifende grundsätzliche Gegenposition zur Politik des Diktators kam jedoch nicht zustande.

Nach Kriegsbeginn waren die oppositionellen Möglichkeiten von Offizieren erheblich eingeschränkt, da man es nun als patriotische Pflicht ansah, sich für den Sieg der eigenen Waffen einzusetzen und Zweifel an Hitlers Politik zurückzustellen. Doch schon bald nach dem militärischen Erfolg in Polen sahen sich die Hitler gegenüber kritisch eingestellten führenden Militärs im OKW und OKH vor die Frage gestellt, wie sie sich gegenüber einer Ausdehnung des Krieges verhalten sollten. Hitler plante nach dem Sieg über Polen eine rasche Offensive gegen Frankreich und scheute kein militärisches Risiko. Unter Halders Führung vertrat der Generalstab des Heeres die Auffassung, „im Westen noch auf Jahre hinaus den Krieg nur verteidigungsweise führen zu können“.²³ Die militärisch begründete Ablehnung eines

Angriffs auf Frankreich und die neutralen Staaten Niederlande, Belgien und Luxemburg bot einen neuen Ansatzpunkt für Staatsstreichüberlegungen der Militäropposition.

Ab Mitte Oktober 1939 kam es unter Beteiligung des Leiters der so genannten Verbindungsgruppe zwischen Abwehr und OKH, Oberstleutnant i. G. Helmuth Groscurth, und des seit Anfang Oktober eingesetzten Verbindungsmannes zwischen Halder und von Weizsäcker, Legationsrat Hasso von Etdorf, zur Bildung eines engeren Widerstandskreises um den Generalstabschef. Die Planungen zielten darauf ab, den Staatsstreich auszulösen, sobald Hitler den Angriffsbefehl zur Westoffensive geben würde.²⁴ Dafür sollte auch die Mitarbeit von Truppenbefehlshabern im Westen gewonnen werden, an deren fachlich-kritische Einwände gegen eine zu frühe Offensive angeknüpft werden konnte. Eine für die Aktivierung der Staatsstreichplanungen am 19. Oktober 1939 entworfene Denkschrift von Erich Kordt, von Etdorf und Groscurth über „Das drohende Unheil“ rief dazu auf, Hitler „rechtzeitig“ zu stürzen, da die üblichen „Argumente, Proteste oder Rücktrittserklärungen der militärischen Führung allein (...) erfahrungsgemäß weder ein Einlenken noch Nachgeben [Hitlers, G.U.] bewirken“ würden.²⁵ Halder ließ die Pläne von 1938 rekonstruieren und ergänzen.

Als Hitler nach mehrmaligen Terminverschiebungen den 12. November zum Angriffstag für die Offensive im Westen bestimmte, wollten Halder und Brauchitsch am 5. November einen letzten Versuch unternehmen, den Diktator von dem Angriff abzubringen, um dann gegebenenfalls den Staatsstreich vor der nötigen Anlaufzeit für die Operationen einzuleiten. Als Hitler Brauchitsch jedoch mit schweren Vorwürfen gegen den im OKH-Hauptquartier vorherrschenden, angeblich destruktiven „Geist von Zossen“ überschüttete und dessen Vernichtung androhte, befürchtete Halder, dass die Pläne verraten worden seien.²⁶ Er befahl sofort, alle Unterlagen zu vernichten und die Widerstandspläne einzustellen. Nachdem der

20 Vgl. R. A. Blasius (Anm. 13), S. 140.

21 Vgl. Hans B. Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, Frankfurt/M. 1964, S. 395; Heinrich Bücheler, *Hoepner. Ein deutsches Soldatenschicksal des 20. Jahrhunderts*, Herford 1980, S. 80; Eduard Wagner, *Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner*, hrsg. von Elisabeth Wagner, München 1963, S. 109.

22 Helmuth Groscurth, *Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940*. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler, hrsg. von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch unter Mitarbeit von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1970, S. 179.

23 Walter Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945*, Frankfurt/M. 1964, S. 51; *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945*. Geführt von Helmuth Greiner und Percy E. Schramm, hrsg. von Percy E. Schramm. Bd. 1–4, Frankfurt/M. 1961–1979, hier Bd. 1, S. 950.

24 Vgl. H. Groscurth (Anm. 22), S. 51 ff., 217 ff.; Erich Kosthorst, *Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug (1939/40)*, Bonn 1954, 1957³, S. 56; Kurt Sendtner, *Die deutsche Militäropposition im ersten Kriegsjahr*, in: *Vollmacht des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler im Kriege*, Bd. 1, München 1960, S. 395, 405, 426; *Archiv IfZ München, ZS/A29*, Bd. 1–6.

25 H. Groscurth (Anm. 22), S. 219, 498–503; U. v. Hassell, (Anm. 18), S. 85 f.; E. Kordt (Anm. 14), S. 359–366; Gerd R. Ueberschär, *Das Dilemma der deutschen Militäropposition*, Berlin 1988, S. 33 ff.; BA-MA Freiburg, Nachlass Groscurth, N 104/2, S. 72 ff.

26 Vgl. H. Groscurth (Anm. 22), S. 224.

Angriffstermin feststand, sah Halder keine Möglichkeit mehr, sich dem Befehl Hitlers entgegenzustellen. Die dann im weiteren Verlauf parallel zu den mehrmaligen Verschiebungen des Angriffstermins für die Westoffensive bis zum Frühjahr 1940 stattfindenden Versuche, den Generalstabschef doch noch für einen Staatsstreich zu gewinnen, waren nur noch ein vergebliches „Nachspiel“. ²⁷ Die damals im Kreis um Halder geäußerte Vermutung, dass die Mehrheit der Offiziere weiterhin fest hinter Hitler stehe, kann nicht leichtfertig außer Acht gelassen werden, zumal verschiedene Kommandeure später überzeugend erklärten, die Truppe wäre ihnen 1939/40 im Falle eines Staatsstreiches gegen Hitler nicht gefolgt.

Trotz dieser Resignation in der Militäropposition bemühten sich einige Mitarbeiter von Oster und Canaris in der Abwehr, der weiteren Eskalation zum „großen Krieg“ entgegenzuwirken. So suchte der seit Kriegsbeginn in der Abwehr tätige und zum Widerstandskreis um Oster zählende Kriegsverwaltungsrat Helmuth James Graf von Moltke als Bearbeiter für den Wirtschaftskrieg mit Hilfe völkerrechtlicher Bedenken gegen die Verschärfung des See- und Handelskrieges durch das Oberkommando der Kriegsmarine zu kämpfen. ²⁸

Verbrechen in Polen

Neben fachbezogenem Widerspruch gegen die von Hitler geplante Westoffensive und die dabei beabsichtigten Neutralitätsverletzungen sowie die weitere Ausweitung des Krieges führten auch die ab November 1939 bekannt gewordenen Verbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen im besetzten Polen zur Bereitschaft mehrerer Offiziere, gegen das NS-Regime zu opponieren. ²⁹ Die dortigen Mordaktionen erfolgten unter dem Deckmantel der Militärverwaltung des Heeres, ohne dass sie vom OKH in alleiniger Verantwortung abgestellt werden konnten. Die systematischen Verbrechen

27 G. R. Ueberschär (Anm. 12), S. 43.

28 Vgl. IMT (Anm. 16), Bd. 34, Dok. 157-C, S. 608 ff.; ferner: BA-MA Freiburg, RW 19/1488, RW 19/1547, RW 19/548 und RW 19/1557; Ger van Roon, Graf Moltke als Völkerrechtler im OKW, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG), 18 (1970), S. 12–61, hier S. 28 ff.; Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste der Menschen, hrsg. v. Ger van Roon, Berlin 1986, S. 174 ff., 214 ff.; Rolf-Dieter Müller, Kriegerrecht oder Willkür?, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 42 (1987), S. 125–151.

29 Siehe dazu Hellmuth Stieff, Briefe, hrsg. von Horst Mühleisen, Berlin 1991; Helmut Krausnick, Hitler und die Morde in Polen, in: VfZG, 11 (1963), S. 196–209.

und Massenmorde wirkten auf Generalstabsoffiziere wie Groscurth und Oberstleutnant Hellmuth Stieff in höchstem Maße schockierend. ³⁰ Einzelne Truppenbefehlshaber in Polen – wie die Generale Blaskowitz, Petzel und Ulex – prangerten in Denkschriften die „Greuelhandlungen der Sicherheitspolizei“ sowie das „Abschlachten“ von einigen 10 000 Juden und Polen an und verlangten die Einstellung der verbrecherischen „Gewaltakte“. ³¹

Generaloberst von Brauchitsch entzog diesen Protesten jedoch als Oberbefehlshaber des Heeres den Boden. In einer grundsätzlichen Stellungnahme zu „Heer und SS“ vom 7. Februar 1940 zeigte er Verständnis für die „notwendige und vom Führer angeordnete Lösung volkspolitischer Aufgaben“, die „zwangsläufig zu sonst ungewöhnlichen, harten Maßnahmen gegenüber der polnischen Bevölkerung führen“ müssten. ³² An dieser Einstellung änderte auch ein Brief von Generalfeldmarschall Eberhard von Mackensen, dem Doyen des alten Offizierskorps, vom 14. Februar 1940 nichts mehr. In dem von Generaloberst a. D. Beck angeregten Schreiben wies Mackensen mit Sorge auf die „Befleckung“ des Ansehens und der Ehre der Armee durch die ihm bekannt gewordenen Ausschreitungen hin. Seine Mühe war vergeblich, da Brauchitsch einen Streit mit Reichsführer SS Heinrich Himmler vermeiden wollte. ³³ Durch Brauchitschs Haltung war den Verschwörern um Oster und Groscurth die Möglichkeit genommen, bei anderen Offizieren durch Bekanntgabe der SS-Verbrechen Abscheu zu entfachen und dadurch eine politisch-moralisch begründete Widerstandshaltung in größerem Ausmaß zu fördern.

Es bleibt die Frage offen, warum man sich im OKH bei der Planung des Staatsstreiches nicht auf die in einzelnen Stäben vorhandene Gegenposition zu Hitlers verbrecherischer Rassen- und Besatzungspolitik gestützt hat. Es ist nicht auszuschließen, dass man im Widerstandskreis um Halder,

30 Vgl. Ausgewählte Briefe von Generalmajor Helmuth Stieff (hingerichtet am 8. August 1944), hrsg. von Hans Rothfels, in: VfZG, 2 (1954), S. 291–305, hier S. 300. Vgl. ferner H. Stieff, Briefe (Anm. 29), S. 108; Horst Mühleisen, Helmuth Stieff und der militärische Widerstand, in: VfZG, 39 (1991), S. 339–377, hier S. 343.

31 Vgl. BA-MA Freiburg, RH 1/ 58, RH 53–23/23 und N 104/3; H. Groscurth (Anm. 22), S. 426 f., und G. R. Ueberschär (Anm. 25), S. 39 ff.

32 BA-MA Freiburg, Alliierte Prozesse 9/NOKW-1799: Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres Nr. 231/40 von 7. 2. 1940.

33 Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmlers vor der höheren Generalität am 13. März 1940 in Koblenz, in: VfZG, 18 (1970), S. 95–120; G. R. Ueberschär (Anm. 25), S. 43 ff.

Canaris und Oster Zweifel hatte, ob die Empörung über die rassenideologischen Exzesse und Verbrechen tatsächlich Widerhall finden würde und ob sie ein sicheres, tragendes Fundament für grundsätzlichen Widerstand gegen Hitler bot. Denn immerhin hatte das Propagandaministerium mit der Herausgabe des deutschen „Weißbuches“ über polnische Greueltaten gegen die Volksdeutschen den Hass und die Ablehnung gegenüber Polen in der deutschen Bevölkerung und der Wehrmacht angeheizt. Auch in Kreisen jüngerer Generalstabs-offiziere gab es nicht nur Äußerungen von Abscheu, sondern auch propagandistische Kommentare antisemitischen Inhalts,³⁴ so dass berechtigte Zweifel bestehen, ob es letztlich mehr als nur sehr wenige Offiziere waren, die an den Mordaktionen in Polen Anstoß nahmen.

Enttäuschend verliefen weitere Bemühungen, General Halder für eine aktive Rolle im Widerstand zu gewinnen. Dadurch blieben die Informationen über die gelungene Kontaktaufnahme des Münchner Rechtsanwaltes und Abwehrmitarbeiters Josef Müller mit dem britischen Botschafter beim Vatikan und weitere Erfolg versprechende Sondierungen im Ausland ohne Echo auf Seiten der Widerstandsgruppe. Sie führten ebenso wie das als „X-Bericht“ zusammengestellte Papier über diese Kontakte zu keinem Umschwung in der Haltung Halders und Brauchitschs.³⁵

Letztlich waren es ganz unterschiedliche innere und äußere Ursachen, die einen Staatsstreich gegen das NS-Regime 1939/40 verhinderten. Anstoß und Motiv für eine verschwörerische Aktivität gegen das System bildeten sowohl abweichende Auffassungen über den außen- und machtpolitischen Weg des Reiches, die auch als ressortspezifische Gründe zu kennzeichnen sind, als auch prinzipielle moralische Beweggründe, die stärker ethisch motiviert waren und aus der Ablehnung der verbrecherischen NS-Taten resultierten. Die Furcht vor Hitlers falscher Kriegspolitik allein reichte nicht aus, eine konsequente und fest entschlossene Opposition gegen ihn zu begründen.

34 Vgl. Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Panzer zwischen Warschau und Atlantik, Berlin 1941, S. 61.

35 Vgl. Josef Müller, Bis zur letzten Konsequenz, München 1975; Friedrich H. Hettler, Josef Müller („Ochsensepp“), Mann des Widerstandes und erster CSU-Vorsitzender, München 1991; Archiv IfZ München, ZS 659, Bd. II; Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940, München 1969, S. 107–157, 159 ff.

Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion

Die militärische Haltung gegenüber dem von Hitler Ende Juli 1940 gefassten Entschluss, den bisherigen Vertragspartner Sowjetunion zu überfallen und sein „Ostprogramm“ zu verwirklichen,³⁶ muss vor dem Hintergrund der Sieges euphorie im Sommer 1940 gesehen werden. Obwohl dem OKH auch noch später der „Sinn“ dieses neuen, mit Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940 befohlenen Krieges gegen die UdSSR „nicht klar“ war,³⁷ hat es sich an die routinemäßige Umsetzung der Hitler'schen Entscheidung in eine umfangreiche Planung gemacht. Dabei bestand Übereinstimmung hinsichtlich der gering einzuschätzenden militärischen Stärke der UdSSR und ein weitgehender Gleichklang mit der NS-Propaganda in Bezug auf die Einschätzung des Kommunismus, der für den Niedergang der deutschen Großmachtstellung mit verantwortlich gemacht wurde. Mahnungen vor dem neuen Krieg im Osten fanden kein Gehör und waren auch kein Motiv für neue Staatsstreichpläne gegen das Regime. Stattdessen wurde der „anti-bolschewistische Kampf“ gegen die UdSSR von vielen Offizieren als Krieg gegen den „richtigen“ Gegner akzeptiert.

Bezeichnenderweise kam es gegen Hitlers Befehle für einen rassenideologischen Vernichtungskrieg gegen die UdSSR nur vereinzelt zu mündlichen Protesten im OKH. Im Rahmen dieser Proteste ist das Bemühen der im Stab der Heeresgruppe Mitte tätigen Generalstabsoffiziere Henning von Tresckow und Rudolf-Christoph von Gersdorff als grundsätzliche Gegenposition gegen die geplante, verbrecherische Kriegführung zu werten. Beiden gelang es zwar, ihren Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschall Fedor von Bock, zu einem Protest beim OKH in Berlin noch vor Kriegsbeginn zu mobilisieren, sie erreichten jedoch nicht, dass die „Mordbefehle“ zurückgenommen wurden.³⁸ Das

36 Literaturhinweise bei Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär, Hitlers Krieg im Osten 1941–1945. Ein Forschungsbericht, Darmstadt 2000.

37 Franz Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres, 1939–1942, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, 3 Bde., Stuttgart 1962–64, Bd. II, S. 261.

38 So U. v. Hassell (Anm. 18), S. 189; vgl. ferner Heinrich Uhlig, Der verbrecherische Befehl. Eine Diskussion und ihre historisch-dokumentarischen Grundlagen, in: Vollmacht des Gewissens (Anm. 24), Bd. 2, S. 289 ff.; Helmut Krausnick, Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa“ in neuer Sicht, in: VfZG, 25 (1977), S. 682–738.

Ausbleiben eines unerbittlichen Protestes auf der einen Seite sowie die geschäftsmäßige Beteiligung der Führungsstäbe bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Hitler'schen Ostkriegsvorstellungen in Befehle für die eigene Truppe auf der anderen offenbaren das hohe Maß an Mitverantwortung und Beteiligung der Wehrmacht- und Heeresführung beim Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.³⁹

Erst die nach dem Überfall am 22. Juni 1941 einzelnen, jüngeren Stabsoffizieren angesichts der Mordaktionen bewusst werdende Verstrickung der Wehrmacht in die grausamen Verbrechen des Regimes, die insbesondere aus der Übereinkunft des OKH mit Reichsführer SS Himmler am 26. März 1941 über das Wirken der SD-Einsatzgruppen im Osten resultierte, führte im Stab der Heeresgruppe Mitte zur Bildung eines neuen Widerstandskreises um von Tresckow.⁴⁰ Er erkannte recht früh die moralische Mitverantwortung und betrachtete zudem den Krieg gegen die Sowjetunion als Beginn des drohenden militärischen Zusammenbruchs des Deutschen Reiches. Von Tresckow wollte die Katastrophe abwenden und bemühte sich ab Herbst 1941 darum, die Militäropposition zu festigen, um neuen Staatsstreichplänen eine breitere Basis und größere Aussicht auf Erfolg zu verschaffen.

Ähnlich wie von Tresckow empfand auch Oberstleutnant Stieff das Dilemma, mit dem Kampf an der Ostfront zugleich der Ausrottungspolitik der Nationalsozialisten gegenüber der dortigen Bevölkerung zu dienen. Stieff fühlte sich „als Werkzeug eines despotischen Vernichtungswillens, der alle Regeln der Menschlichkeit und des einfachsten Anstandes außer acht läßt“⁴¹. Dass die von der NS-Führung organisierten Genozid-Aktionen an der Bevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete trotz Geheimhaltungspraxis in weitem Umfang im Offizierkorps bekannt waren und abgelehnt wurden, konnte der Generalstabsoffizier

im Stab der Heeresgruppe Mitte, von Gersdorff, bei einer Frontreise Anfang Dezember 1941 in Erfahrung bringen.⁴²

Zweifellos wurden Generalstabsoffiziere wie von Tresckow und von Gersdorff zu Mitwissern der Mordaktionen an der jüdischen und slawischen Bevölkerung in den eroberten Gebieten der UdSSR. Denn mit den Einsatzkommandos und Einsatzgruppen des SD sowie mit besonderen SS-Infanteriebrigaden und SS-Kavallerieregimentern, die im Auftrag Himmlers Teile der einheimischen Bevölkerung einschließlich der Juden systematisch umzubringen hatten, bestanden von Seiten des Stabes der Heeresgruppe Mitte einerseits logistische Absprachen und eine taktische Zusammenarbeit, andererseits waren die SS-Kommandos bei der Ausführung ihres Mordauftrages unabhängig. Tresckow verstand den harten Kampf gegen die sowjetische Partisanentätigkeit, der sich allerdings auch gegen die jüdische Bevölkerung richtete, als selbstverständliche militärische und antibolschewistische Aktion. Größere Widerstände gegen die undifferenzierten Methoden des Partisanenkampfes, denen auch Frauen, Kinder und Greise zum Opfer fielen, blieben im Bereich der Heeresgruppe Mitte aus. Von den Mordaktionen der SS und des SD im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte erfuhr auch Tresckow. Mehrfach nahm er die Berichte der zugeordneten SD-Einsatzgruppe B zur Kenntnis und zeichnete sie als 1. Generalstabsoffizier (Ia) ab.⁴³ Eine Zustimmung oder Teilhabe an den grausamen Mordaktionen resultierte daraus nach Zeugenaussagen jedoch nicht; es lag zudem nicht in seiner Macht als Generalstabsoffizier im Stab der Heeresgruppe, diese abzustellen.

Staatsstreich während des Krieges

Die Kenntnis dieser Ereignisse hat Tresckow in seinem Kampf gegen das NS-Regime bestärkt, noch während des Krieges den Staatsstreich gegen Hitler zu wagen. Ebenso führte sie zum persönlich

39 Vgl. die Hinweise bei R.-D. Müller/G. R. Ueberschär (Anm. 36); ferner: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995; Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, Hamburg 2002.

40 Vgl. Bodo Scheurig, Henning von Tresckow, Oldenburg 1973, überarb. Neuausgabe Frankfurt/M. 1987, S. 98 ff.; Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler. Zürich 1946, Frankfurt/M. 1962, Neuausgabe nach der Edition von Gero von Gaevernitz, Berlin 1984, S. 54 ff.; Rudolf-Christoph Frhr. von Gersdorff, Soldat im Untergang, Frankfurt/M. 1977, S. 94 ff.; P. Hoffmann (Anm. 1), S. 309 ff.

41 H. Stieff, Ausgewählte Briefe (Anm. 30), S. 303 (24. 11. 1941); Hellmuth Stieff, Briefe (Anm. 29), S. 137 f.; H. Mühleisen (Anm. 30), S. 344.

42 Bericht des Ic-Offiziers der Heeresgruppe Mitte von 5.–8. 12. 1941, abgedruckt in: G. R. Ueberschär (Anm. 25), S. 44; siehe auch R.-C. v. Gersdorff (Anm. 40), S. 99.

43 Siehe BA-MA Freiburg, RH 19 II/153, S. 47 ff., 69 ff.; Christian Gerlach, Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: H. Heer/K. Naumann (Anm. 39), S. 427–446; ders., Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle“, in: G. R. Ueberschär (Hrsg.) (Anm. 3), S. 62–76; StA Nürnberg, G-36: Aussage von Gersdorff vom 4. 3. 1948.

belastenden Wissen um die Verbrechen. Es gelang ihm, mit mehreren Offizieren, die zum Teil zu Zeugen von massenhaften und willkürlichen Judenerschießungen im Osten geworden waren, den Stab der Heeresgruppe Mitte zu einem Zentrum des Widerstandes im Offizierskorps des Heeres auszubauen.

In Berlin hatten sich mit dem Dienstantritt von General der Infanterie Olbricht als Chef des Allgemeinen Heeresamtes ab Mai 1940 neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Hitlergegnern im OKW und OKH sowie des Stabes der Heeresgruppe Mitte ergeben. Obwohl die Niederlage der 6. Armee bei Stalingrad als Katastrophe empfunden wurde, blieb die Chance, diese als Anstoß für den Staatsstreich zu nehmen, ungenutzt. Einerseits hielt man einen solchen Versuch für zu spät angesichts der alliierten Kriegszielpolitik, die seit dem 24. Januar 1943 gemäß den Verabredungen auf der Konferenz von Casablanca zur Beendigung des Krieges die bedingungslose Kapitulation („unconditional surrender“) des Reiches verlangte. Andererseits musste man registrieren, dass es der NS-Führung gelang, die „Schockwirkung von Stalingrad“ – wie Goebbels formulierte – propagandistisch aufzufangen. Nach Stalingrad war es deshalb vorrangiges Ziel der Militäropposition, die Widerstandszentren in Berlin, Paris und im Stab der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront enger miteinander zu verknüpfen.⁴⁴

Sowohl die abscheulichen NS-Verbrechen als auch die katastrophale militärische Situation waren für mehrere Offiziere Motive für ihre Bereitschaft zum Widerstand. So hatte Claus Schenk Graf von Stauffenberg schon in seiner Dienststellung bei

der Organisationsabteilung des OKH in den Jahren ab 1941 die NS-Verbrechen in den besetzten Ostgebieten verabscheut. Im April und August 1942 waren weitere Erkenntnisse über Massaker und den Judenmord sowie Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen für ihn das ausschlaggebende Motiv, um zwei mitverschworenen Generalstabsoffizieren zu verdeutlichen, dass Hitler beseitigt werden müsse, da sonst die Verbrechen kein Ende nehmen würden.⁴⁵ Wiederholt bemühte sich von Stauffenberg, auch anderen Offizieren den verbrecherischen Charakter des Regimes vor Augen zu führen, um sie für die Widerstandssache zu gewinnen.

Nach mehreren Rückschlägen bei Attentatsvorbereitungen und -plänen im Frühjahr und Sommer 1943 fanden sich schließlich mit Oberstleutnant von Stauffenberg, Oberst von Tresckow und deren Mitverschwörern in ihren Stäben energische Hitlergegner zusammen, die ab Herbst 1943 den Anschlag auf den Diktator anstrebten und vorbereiteten. Stauffenberg und Tresckow⁴⁶ waren in dieser Zeit die wichtigsten Antriebskräfte für die Vorbereitung des Attentats auf Hitler, das schließlich am 20. Juli 1944 im „Führerhauptquartier“ im ostpreußischen Rastenburg ausgeführt wurde. Es scheiterte, weil Hitler den Sprengstoffanschlag überlebte. Dadurch blieben gerade jene Motive, die zeigten, dass Stauffenberg und seine Mitverschwörer für Deutschland eine rechtsstaatliche Ordnung wiederherstellen wollten, nur als Proklamationen, Denkschriften und Absichtserklärungen überliefert, ohne dass sie aufgrund des gescheiterten Attentats in die Praxis umgesetzt werden konnten.

44 Zu den drei Zentren vgl. Peter Hoffmann, *Militärischer Widerstand in der zweiten Kriegshälfte 1942–1944/1945*, in: Heinrich Walle (Hrsg.), *Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945*, Herford 1994⁴, S. 400 ff.

45 Vgl. Peter Hoffmann, *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder*, Stuttgart 1992, S. 249 ff.; siehe auch die Aussage von Major i. G. Kuhn vom 2. 9. 1944 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, in: Bengt von zur Mühlen/Andreas von Klewitz (Hrsg.), *Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof*, Berlin-Kleinmachnow 2001, S. 355 ff.; ferner in: BA-MA Freiburg, MSg 126.

46 Vgl. dazu die Biographie von P. Hoffmann (Anm. 45); zur weiteren biografischen Literatur siehe G. R. Ueberschär, (Anm. 1).

„Nicht alle Deutschen haben ein Herz aus Stein“

Das Bild des deutschen Widerstands in Frankreich nach 1945

Joseph Rován, der 1933 nach Frankreich emigriert und nach seiner Festnahme durch die Gestapo im Juli 1944 ins KZ Dachau deportiert worden war, bevor er zu den entscheidenden Akteuren der westdeutsch-französischen Annäherung nach 1945 gehörte, berichtet rückblickend, wie er im *Maquis*, der französischen Partisanenbewegung, jungen Widerständlern erklärte, dass es sich beim Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht um einen klassischen nationalen Krieg, sondern um einen internationalen Bürgerkrieg handle.¹ 60 Jahre später, im Januar 2004, verlieh die ehemalige französische Europaministerin Noëlle Lenoir dem letzten lebenden Verschwörer des 20. Juli 1944, Philipp Freiherr von Boeselager, das Kreuz der Ehrenlegion und ehrte damit nicht nur eine Person, sondern auch jene Vertreter des „anderen“ Deutschlands, die dafür gesorgt hatten, „dass Licht und Hoffnung und Menschlichkeit auch in den dunkelsten Augenblicken nie ganz abhanden gekommen sind“². Beide Ereignisse deuten auf ein Verständnis von Widerstand gegen Unrecht hin, dem ein universeller bzw. transnationaler Anspruch zugrunde liegt. Was damals und heute eine Selbstverständlichkeit war bzw. ist, verlor nach 1945 schnell an Geltung und musste erst mühsam und bisweilen über schmerzhaftes Lernprozesse wieder erarbeitet werden. Diese verschlungenen, mit mentalen Barrieren und politischen Hindernissen verstellten Wege, auf denen sich Deutsche und Franzosen die Geschichte von Widerstand und *Résistance* als Teil eines gemeinsamen Selbstverständnisses aneigneten, gilt es in diesem Beitrag nachzuzeichnen.

Konkurrierende Versionen der Vergangenheit bestimmten in Frankreich wie in Deutschland nach 1945 die Erinnerungslandschaften und erschwerten eine von Konvergenz und Kooperation geprägte Interpretation des deutschen Wider-

standes. Diese Feststellung legt eine vergleichende Herangehensweise nahe, um die Bedeutung von nationalen Traditionsbeständen bei gesellschaftlichen Aneignungsprozessen von Historie durch die verfremdende Linse eines Vergleichsfalls erfassen zu können. Die Vorstellung von einer unabhängigen „nationalen“ Entwicklung erscheint jedoch fraglich,³ so dass auch in diesem Beitrag ein Schwerpunkt auf die sich kreuzenden historisch-politischen Identitätsdiskussionen und diskursiven Verflechtungen zwischen Deutschland und Frankreich gelegt werden soll. Die Beschäftigung mit Widerstand und Emigration, der in diesem Beitrag aus Platzgründen nicht ausreichend Rechnung getragen werden kann,⁴ bietet damit nicht nur einen Einblick in die Konjunkturen der deutsch-französischen Annäherung, sondern darüber hinaus die Möglichkeit, Geschichte als konstruktive Störung in bilateralen Versöhnungsprozessen zu erfahren.

Zwischen Kollektivschuldthese und völkerverbindenden Ansätzen

Die Siegermächte taten sich nach Kriegsende schwer damit, dem deutschen Widerstand moralisch-rechtliche Legitimation und politische Bedeutung zuzusprechen. Vielmehr tabuisierten sie seinen Beitrag zur Geschichte des „Dritten Reiches“ und hielten an der Kollektivschuld der Deutschen fest, die auch in Frankreich die dominierende Haltung gegenüber dem östlichen Nachbarn darstellte. So hütete sich gerade Charles de Gaulle nach der *libération*, exkulpatorische Vorlagen zu geben, welche die Deutschen als Anreiz für einen bruchlosen Marsch in eine postfaschistische Gesellschaft auffassen bzw. zur Selbststilisierung

1 Vgl. Joseph Rován, *Des Allemands contre Hitler*, in: *L'Histoire*, 171 (1993), S. 22–25.

2 Zit. nach: Gerd Kröncke, *Merci für den Major*. Frankreich ehrt den letzten lebenden Offizier des 20. Juli, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 31. 1. 2004; Redetext: Frankreich ehrt den deutschen Widerstand. Rede der Europaministerin Noëlle Lenoir, 28. 1. 2004, in: *Dokumente*, 60 (2004) 1, S. 105.

3 Vgl. Christoph Conrad/Sebastian Conrad (Hrsg.), *Die Nation schreiben*. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 17.

4 Vgl. zu den Anfängen der Beschäftigung mit dem deutschen Exil in Frankreich: Ulrich Pfeil, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen*. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Köln 2004, S. 228 ff.

als Opfer des NS-Regimes hätten nutzen können. Anders stellte sich schon die Situation für die französische Militärregierung in ihrer Zone dar, wo Wiederaufbau und Entnazifizierung die Identifizierung unbelasteter Deutscher aus Widerstand und Verweigerung erforderten, um sie umgehend in den Demokratisierungsprozess einzubinden.⁵

Auch in der französischen Öffentlichkeit blieb die Kollektivschuldthese nicht die einzige Reaktion, wie die Sondernummer der von Jean-Paul Sartre herausgegebenen Zeitschrift „Les Temps modernes“ vom August/September 1949 dokumentiert.⁶ Diese mit zeitlicher Verzögerung erschienene Ausgabe reflektierte die vielfältigen Motivationen der deutschen Widerständler und konzentrierte sich ihrem linken Anspruch folgend auf den Widerstand der Arbeiterbewegung, ohne dem 20. Juli trotz einer kritischen Würdigung die Legitimation zu verweigern. „Les Temps modernes“ gehörte damit zu jenen intellektuellen Strömungen in Europa, die sich nach dem Zusammenbruch der deutschen Herrschaft an der öffentlichen Erinnerung und mentalen Auseinandersetzung mit den von den Nationalsozialisten betriebenen bzw. ausgelösten Formen von Verfolgung, Verbrechen und Widerstand beteiligten. Dieses auch in Frankreich zu beobachtende Interesse an der geistigen Überwindung des Nationalsozialismus⁷ kam in der Übersetzung von Schriften zum Ausdruck, in denen überlebende Hitlergegner und Familienangehörige von Ermordeten den Nachweis eines „anderen“ Deutschland erbringen wollten.⁸ Darüber hinaus war es dem interessierten Leser über die französischen Ausgaben zweier autobiografischer Zeugnisse aus dem Kreis der Verschwörergruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg

5 Vgl. Edgar Wolfrum, Frankreich und der deutsche Widerstand gegen Hitler 1944–1964. Von der Aberkennung zur Anerkennung, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli. Das „andere Deutschland“ in der Vergangenheitspolitik, Berlin 1998, S. 68–81, hier: S. 73 ff.; Hanne Stinshoff/Edgar Wolfrum, Résistance allemande? Der deutsche Widerstand im Gedächtnis Frankreichs 1944–2000, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA, Darmstadt 2002, S. 39–52; Bernard Ludwig, L'image de la résistance allemande en France depuis 1945, in: Bulletin d'information de la Mission historique française en Allemagne, 34 (1998), S. 44–54.

6 Les Temps modernes, 5 (1949) 46/47.

7 Vgl. als zeitgenössische Zusammenstellung über die Rezeption des deutschen Widerstandes im Ausland: Friedrich Siegmund-Schultze, Die deutsche Widerstandsbewegung im Spiegel der ausländischen Literatur, Stuttgart 1947.

8 Vgl. Ernst Wiechert, Le Bois des morts, Paris 1947; Eugen Kogon, L'enfer organisé. Le système des camps de concentration, Paris 1947; Hans Bernd Gisevius, Jusqu'à la lie, Paris 1947; Allen W. Dulles, L'Allemagne souterraine, Genf–Paris 1947; Günther Weisenborn, Mémorial, Paris 1950.

möglich, sich einen Eindruck von den verschlungenen Wegen zu verschaffen, die Mitglieder preußischer Adelsfamilien in den Widerstand und zum Entschluss geführt hatten, sich am Attentat vom 20. Juli 1944 zu beteiligen.⁹

Maxime Mourin,¹⁰ der sich 1948 auf den militärischen und aristokratischen Widerstand konzentrierte und für seine Darstellung die unmittelbar nach Kriegsende erschienenen Bücher als Quellengrundlage nutzte, wies zugleich auf die Problematik dieser Schriften hin, die nicht nur die Existenz eines „anderen“ Deutschlands bezeugen wollten, sondern auch von apologetischen Gedanken motiviert gewesen seien. Mourin weigerte sich, den deutschen Widerstand auf eine Stufe mit den Widerstandsbewegungen in den anderen europäischen Ländern zu stellen. Seine Vorbehalte verweisen auf die nachlassende Bindekraft der Neuordnungsgedanken aus dem europäischen Widerstand, dessen Vertreter sich noch während des Krieges für eine europäische Föderation, die friedliche Beteiligung des deutschen Volkes am europäischen Leben und die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Versöhnung ausgesprochen hatten.¹¹ In der französischen Innenpolitik gerieten die auf Solidarität und Brüderlichkeit beruhenden europäischen Föderationskonzepte unter die Räder des sich deutlich herausbildenden Dualismus zwischen Gaullisten und Kommunisten und ihrer betont nationalen Politik. In dieser Hochphase instrumentalisiert Geschichtsbilder mit dem für jene Zeit so charakteristischen Bemühen um dichotomische Weltbilder gingen manche sogar so weit, die Existenz eines deutschen Widerstandes gänzlich in Frage zu stellen, wie Edgar Wolfrum schreibt: „Je geschlossener das ‚Nazi-Volk‘ präsentiert wurde, um so eindrucksvoller ließ sich die historische Leistung der Franzosen – die *Résistance* und die *Libération* des Vaterlandes – herausstreichen.“¹²

Dieser die französische Innenpolitik bestimmende geschichtspolitische Konkurrenzkampf um das Erbe der *Résistance* ließ in der Folge nur wenig Platz für eine Rezeption des deutschen Widerstandes, der in Frankreich in den fünfziger Jahren in Vergessenheit geriet und bis in die sechziger Jahre aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt wurde. Wie wir ausführlich sehen werden, barg der von

9 Vgl. Ulrich von Hassell, D'une autre Allemagne. Journal posthume 1938–1944, Paris–Neuchâtel 1946; Fabian von Schlabrendorff, Officier contre Hitler, Paris 1948.

10 Vgl. Maxime Mourin, Les complots contre Hitler (1938–1945), Paris 1948.

11 Vgl. Franz Knipping, Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas, München 2004, S. 38.

12 E. Wolfrum (Anm. 5), S. 72.

der *Résistance* ausgehende Perzeptionsrahmen aber bereits die Keimzelle für einen offeneren Blick auf den deutschen Widerstand: Trotz aller parteipolitischen und ideologischen Rivalitäten, die sich um den *Résistance*-Mythos als Gründungs-ideologie der IV. Republik rankten und den innerfranzösischen „Kalten Krieg“ bestimmten, sprachen weder die Vertreter des äußeren noch die des inneren Widerstands ihren zu politischen Widersachern gewordenen ehemaligen „Kampfgenossen“ die Legitimation ab.¹³

Gab es einen deutschen Widerstand?

Weil die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihren Widerständlern auch von den Franzosen als Gradmesser für gesellschaftliche Veränderungen und die politische Bewusstseinsentwicklung wahrgenommen wurde, musste es Reaktionen herausfordern, als in der Bundesrepublik ab Anfang der fünfziger Jahre der militärische Widerstand immer mehr in den Mittelpunkt gerückt wurde und Bundespräsident Theodor Heuss am 20. Juli 1954 den „Opfergang“ der Männer um Stauffenberg als Voraussetzung dafür bezeichnete, dass „die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, (...) vom besudelten deutschen Namen wieder weggeschwicht“ worden sei.¹⁴

Positive Traditionsstiftung betrieb auch Konrad Adenauer, als er den vor allem moralisch gemeinten Ausspruch bei Henning von Tresckow, das Attentat gegen Hitler werde Deutschland helfen, den Weg in den Kreis der zivilisierten Nationen zurückfinden, in ein außenpolitisches Vermächtnis und die Hoffnung der Regimegegner in einen politischen Anspruch überführte.¹⁵ Karl Dietrich Erdmann hatte den „Putsch“ 1959 als Akt bezeichnet, welcher „der ältesten und opferreichsten Widerstandsbewegung in Europa ihren historischen Rang“ wiedergegeben habe;¹⁶ der nationalbe-

wusste Emigrant Hans Rothfels sprach von „sittlichen und religiösen Antrieben“ und warf gleichzeitig den Alliierten vor, den deutschen Widerstandskämpfern mit diskreditierender Ignoranz begegnet zu sein.¹⁷ Schnell wurden diese dem damaligen bundesrepublikanischen Mainstream der Widerstandsforschung zuzuordnenden Studien ins Englische und Französische übersetzt, so dass Interpretationen, die den 20. Juli zum Höhepunkt der Widerstandsaktivitäten stilisierten, um sie „generalisierend als antitotalitäres Verhalten zu charakterisieren und undifferenziert mit der Vorstellung von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verknüpfen“,¹⁸ durch den Abbau der Sprachbarriere dem Ausland zugänglich waren.¹⁹

Die von der Totalitarismustheorie geprägte westdeutsche Widerstandsforschung traf in Frankreich auf einen antifaschistischen Grundkonsens, der zu intellektuellen Inkompatibilitäten und asynchronen Deutungsmustern führte. Es muss als Reaktion auf die geschichtspolitischen Debatten in der Bundesrepublik um ihre normativen Grundlagen verstanden werden,²⁰ dass sich Gilbert Badia, Germanist und Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs, weigerte, den Männern des 20. Juli das Attribut des Widerstandskämpfers zuzugestehen, und das Widerstandsspektrum weit nach links ausdehnte. Von der Faschismustheorie der Kommunistischen Internationalen aus der Zwischenkriegszeit ausgehend, bezeichnete Badia das Attentat als „Komplott“ innerhalb der auch von ihm ausschließlich ökonomisch definierten „Schicht“ der „Monopolkapitalisten“, die sich, als sich die Niederlage des von ihnen bis dahin mitgetragenen Krieges immer deutlicher am Horizont abgezeichnet habe, zur Tat entschlossen hätten, um durch die Ermordung Hitlers einer soziopolitischen Umwälzung zuvorzukommen. Indem er ihre zögerliche Haltung und ihren Mangel an Führung als Ursachen für das Scheitern des Attentats interpretierte, hatte er sich selbst die Vorlage gegeben, den „antifaschistischen“, d. h. kommunistischen Widerstand mit seinen internationalistischen Verflechtungen in einem umso helleren Licht erstrah-

13 Vgl. Henry Rousso, *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1990², S. 315; Etienne François, *Die späte Debatte um das Vichy-Regime und den Algerienkrieg in Frankreich*, in: Martin Sabrow u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 264–287.

14 Theodor Heuß, *Vom Recht zum Widerstand*, in: ders., *Geist der Politik*, Frankfurt/M. 1964, S. 45–55.

15 Vgl. Peter Steinbach, *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*, Paderborn 2001², S. 372 ff.

16 Karl Dietrich Erdmann, *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 4, *Die Zeit der Weltkriege*, Stuttgart 1959⁸, S. 306.

17 Vgl. Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Frankfurt/M. 1964, S. 15 f., S. 159.

18 Gerd R. Ueberschär, *Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur „Volksopposition“? Stationen und Wege der westdeutschen Historiographie nach 1945*, in: ders., *Der 20. Juli* (Anm. 5), S. 123–157, hier: S. 126.

19 Vgl. Gerhard Ritter, *Échec au dictateur. Histoire de la Résistance allemande*, Paris 1956; Wilhelm von Schramm, *Les Généraux contre Hitler. Le 20 juillet à Paris*, Paris 1956.

20 Vgl. Gilbert Badia, *Histoire de l'Allemagne contemporaine 1933–1962*, Paris 1962, S. 191 ff.

len zu lassen. Das frühe Abtauchen der deutschen Kommunisten in den Untergrund unter kontinuierlicher Anleitung durch die KPD und die hohe Zahl ihrer Opfer gebe ihnen neben wenigen anderen das Recht, als Widerständler bezeichnet zu werden. Mit dieser politisch determinierten Darstellung nahm Badia Position in der deutsch-deutschen Erinnerungskonkurrenz und verortete das „andere“, „bessere“ Deutschland in der DDR, wo er sein Vermächtnis sorgsam gepflegt sah. Durch den Umweg über Deutschland ließ er einen Subtext einfließen, mit dem er in der innerfranzösischen Auseinandersetzung die Kommunisten als die eigentlichen Erbverwalter der *Résistance* darstellen konnte.

Die Reserven innerhalb der internationalen Widerstandsforschung gegen die oft apogetischen Interpretationen in der Bundesrepublik beschränkten sich aber nicht nur auf das kommunistische Lager, sondern waren auch bei „bürgerlichen“ Historikern anzutreffen, wie sich auf dem ersten internationalen Kongress zur Geschichte des europäischen Widerstands im Jahre 1958 in Lüttich zeigte. Obwohl der von den Organisatoren eingeladenen Helmut Krausnick vom Münchener Institut für Zeitgeschichte als unbescholtener und unangefochtener Kenner der Materie galt, kam es schon in den ersten Minuten seines Vortrags zu einem Tumult im Saal. Die Aufnahme der von ihnen als jämmerlich klein wahrgenommenen deutschen „Opposition“ in den Kreis der europäischen Widerstandsbewegungen hielten nicht nur die französischen Teilnehmer für unerträglich, so dass sie den Saal unter Protest verließen.²¹

Der französische Historiker Henri Michel, Vertreter eines gaullistischen Geschichtsbildes und im Umgang mit seinen deutschen Kollegen von herablassender Art, wie einer der Gründerväter der französischen Zeitgeschichtsschreibung, François Bédarida, beobachtet hatte, baute 1961 demonstrativ einen Gegensatz zwischen dem europäischen *Widerstand* und der deutschen *Opposition* gegen Hitler auf. Deren Organisation bezeichnete er als schematisch und dürftig bezeichnet, um anschließend historischen Überhöhungen und politisch-moralischen Entlastungsstrategien ein Ende zu bereiten: „Die Opposition beschränkte sich auf Konspirationen und Komplote. In ihre

21 Vgl. François Bédarida, *Les résistants allemands*, in: *L'Allemagne de Hitler 1933–1945*, Paris 1991, S. 366–383; ders., *L'évolution historiographique*, in: Christine Levisse-Touzé/Stefan Martens (Hrsg.), *Des Allemands contre le nazisme. Oppositions et résistances 1933–1945*, Paris 1997, S. 313–321, hier: S. 313 f.

Aktionen war immer nur eine begrenzte Anzahl von Verschwörern eingebunden. Ihr Hauptziel war Adolf Hitler, von dem sie Deutschland befreien wollten, vor allem von dem Zeitpunkt an, als sich allgemein die Überzeugung breit macht, dass er Deutschland in die Niederlage führt.“²²

Die mit diesem Urteil vollzogene Entsorgung des deutschen Widerstands gibt eine Vorstellung davon, wie die Erinnerung an die *années noires* (1940–1944/45) durch die Debatten um die bundesdeutsche Wiederbewaffnung aufgefrischt worden war und auch Anfang der sechziger Jahre noch in die französische Erinnerungskultur hineinwirkte. Die Gegenwart ehemaliger Wehrmachtsgeneräle in der Bundeswehr verstand nicht nur Michel als Kontinuität des preußisch-deutschen Militarismus; sie schürte fortwährenden Argwohn gegenüber dem gesellschaftlichen Milieu der Verschwörer vom 20. Juli und ihren Traditionen, die Frankreich durch seine Entnazifizierungspolitik (*déprussification*) nach 1945 beseitigen wollte.

Die 1955 in Frankreich von dem *Résistance*-Verlag „Les Éditions de Minuits“ publizierten Erinnerungen von Inge Aicher-Scholl an die „Weiße Rose“ sind zum einen die Ausnahme von der Regel, sie sind zum anderen aber auch als Missbilligung der westdeutschen Widerstandsforschung zu verstehen, denn mit dieser Würdigung des studentischen Widerstandes auf Augenhöhe der französischen *Résistance* wurde die dem 20. Juli in der Bundesrepublik zugeschriebene historische Bedeutung infrage gestellt.²³ Im Vorwort interpretierte der Philosoph Gabriel Marcel, Vertreter eines katholischen Existenzialismus, die Grundüberzeugung, dass keine Staatsmacht und keine Weltanschauung das Recht habe, die Würde des Menschen anzutasten, als universellen ethischen Wert, welcher der „Weißen Rose“ den Weg in den Adelsstand des europäischen Widerstandes ebne. Zwar trug diese Übersetzung dazu bei, dass sich das französische Deutschlandbild weiter ausdifferenzieren konnte, doch kann sie auch als Absage an breite Tendenzen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit der fünfziger Jahre gedeutet werden, den Widerstand weiterhin als „Verrat“ zu interpretieren.

22 Henri Michel, *Les mouvements clandestins en Europe* (1938–1945), Paris 1961, S. 50.

23 Vgl. Inge Scholl, *La Rose blanche*. Préface de Gabriel Marcel, Paris 1955.

Der deutsche Widerstand in der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik in Frankreich

Die sich herausbildende symbolbeladene Bedeutung des Widerstandes für das Deutschlandbild im Ausland bewog die Verantwortlichen der auswärtigen Kulturpolitik in Bonn seit Anfang der sechziger Jahre, über regierungsamtliche Stellen und der auswärtigen Kulturarbeit verpflichtete Mittlerorganisationen Einfluss auf die Diskussionen zu gewinnen. Ausgewählte Ergebnisse der bundesdeutschen Widerstandsforschung wurden ins Englische und Französische übersetzt, um sie gezielt an ausländische Multiplikatoren zu versenden. Zu den ersten dieser Übersetzungen gehörte eine Buchausgabe der erweiterten Sondernummer der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum 20. Juli 1944,²⁴ die 1960 in einer von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen überarbeiteten Version von der Bundeszentrale für Heimatdienst, der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung, neu herausgegeben²⁵ und vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zur Übersetzung in Auftrag gegeben wurde.²⁶

Diese Form der Kulturarbeit erwies sich jedoch in der Folge als transnationales Auslaufmodell und wich nach und nach einer Vermittlungspraxis, die sich bereits in den sechziger Jahren durch steigende interkulturelle Sensibilität auszuzeichnen begann und einen Dialog zwischen Außen- und Innenperspektive einleitete. So veröffentlichte die Mittlerorganisation Inter Nationes 1964 eine von Richard Mönnich zusammengestellte Bibliographie in französischer und englischer Sprache, in die er vor allem Studien ausländischer Historiker zum Widerstand gegen Hitler aufgenommen hatte. Dieselbe Organisation bereitete 1966 eine Geschichte des deutschen Widerstandes von Prinz Hubertus zu Löwenstein für das anglo- und frankophone Ausland auf, so dass die Leser aus der Feder eines Vertreters der deutschen Emigration über den nationalkonservativen und militärischen Widerstand hinaus Einzelheiten über die anderen

Widerstandsgruppen und die deutsche Emigration erfuhren.²⁷

Diese Entwicklung deutete auf kulturpolitische Lernprozesse hin, die in den sechziger Jahren noch von mentalen Ungleichzeitigkeiten in der Arbeit der Akteure bundesdeutscher Kulturpolitik im Ausland und Aushandlungsprozessen zwischen ihnen geprägt waren. Einen Einblick in diese Praxis vermitteln die Reaktionen auf die zweiteilige Dokumentation „Ces hommes de l'espérance“, welche Marianne Oswald, französische Filmautorin und ständige Mitarbeiterin von Radio-Télévision Française (RTF), aus Anlass des 20. Jahrestages des 20. Juli vorbereitet hatte. Wie wenig die französische Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt darüber wusste, konnte die Filmemacherin aus Reaktionen entnehmen, die ihr nach der Ausstrahlung in großer Anzahl zuzingen. Sie berichtete bundesdeutschen Botschaftsangehörigen von Briefschreibern, die über den Bildschirm „eine ganz neue Erkenntnis über Deutschland gewannen, die sie vorher nie für möglich gehalten hätten“²⁸.

Im Vorfeld der beiden Sendungen (19. und 26. März 1964), in denen mit Carlo Schmid und Alfred Grosser auch zwei der wichtigsten Mittlerpersönlichkeiten des deutsch-französischen Annäherungsprozesses zu Wort kamen,²⁹ hatte sie beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung angefragt, ob nicht die Botschaft in Paris in Verbindung mit RTF zuvor einen Presseempfang im Centre National du Cinéma geben könne. Während diese Geste in Bonn im „Hinblick auf die Bedeutung des Filmstoffes“ für angemessen gehalten wurde,³⁰ sahen die Diplomaten in Paris von einer solchen Veranstaltung ab. Diese Entscheidung hatte nichts mit der Thematik oder der Qualität des Films zu tun; ganz im Gegenteil: Botschafter Manfred Klaiber erinnerte sich an seine Zeit in Rom, in der er vergebens nach einem „wirkungsvollen Film“ über den deutschen Widerstand Ausschau gehalten habe. Die reservierte Haltung der Botschaft sollte eher der Wirkung des Films zugute kommen, wusste Klaiber doch von den Mitarbeitern des französischen Fernsehens zu berichten, „die im allgemeinen nicht im Ruf stehen, Deutschland besonders wohl gesonnen zu sein“. Aus diesem Grund

24 Vgl. 20. Juli 1944, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bearbeiter: Hans Royce, Bonn 1953.

25 Vgl. 20. Juli 1944, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Neubearbeitet und ergänzt von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1960.

26 Vgl. Erich Zimmermann/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Germans against Hitler: July 20, 1944*, Bonn 1960; dies. (Hrsg.), *La résistance allemande contre Hitler: 20 juillet 1944*, Bonn 1961.

27 Vgl. Prince Hubertus de Löwenstein, *La résistance allemande*, Bad Godesberg 1966.

28 Botschafter Manfred Klaiber an AA, 2.4.1964, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), B 24, Bd. 523, Bl. 36–38.

29 Vgl. *Ces Hommes de l'Espérance. Une évocation de la résistance allemande au national-socialisme*, Paris 1964.

30 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an AA, 11.2.1964. PA/AA, B 24, Bd. 523, Bl. 30.

wollte er Unterstellungen zuvorkommen, „es könne sich um eine von Deutschland gesteuerte oder gar finanzierte Aktion“ handeln.³¹ Neben der ästhetischen Qualität schien die offizielle Zurückhaltung der beachtenswerten Resonanz zugute gekommen zu sein, wie aus den Erinnerungen von Alfred Grosser hervorgeht: Als die Dokumentation am 10. November 1964 in der Pariser Sorbonne gezeigt wurde, mussten die Türen eines zweiten Hörsaales geöffnet werden, um den 1200 Interessierten ausreichenden Platz zu bieten.³²

Neben diesem neuen öffentlichen Interesse wandten sich auch Historiker in Frankreich dem deutschen Widerstand zu. Dass die Männer des 20. Juli 1944 nach Auffassung von Alain Desroches die Ehre des großen deutschen Volkes gerettet und vor der Nachwelt rehabilitiert hätten,³³ deutet auf einen Perzeptionswandel hin, der von bundesdeutschen Institutionen der politischen Bildungsarbeit aufmerksam beobachtet wurde und sich in der „offiziellen“ Widerstandsdeutung niederschlug. Nachdem die Bundeszentrale für Heimatdienst in den fünfziger Jahren eher durch apologetische Deutungen aufgefallen war,³⁴ förderte die Öffnung der Jubiläumspublikationen für ausländische Historiker eine differenziertere Sichtweise durch die Einbeziehung anderer nationaler Traditionsbestände. Einen exemplarischen Einblick bietet der Beitrag des französischen Historikers Maurice Baumont, der 1963 eine Monographie über den 20. Juli veröffentlicht hatte, in der er mit Bezug auf Theodor Heuss die moralische Dimension des Attentates hervorgehoben und sich explizit gegen Stimmen in der Bundesrepublik und in der DDR gewandt hatte, die den „Verschwörern“ den Status des Widerstandskämpfers absprachen.³⁵ Ein Jahr später gehörte er neben drei deutschen Historikern zu den insgesamt acht Autoren der zum 20. Jahrestag des 20. Juli veröffentlichten Ausgabe von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ unter dem Titel „Gewissen gegen Gewalt“. Weniger befangen als seine bundesdeutschen Kollegen zögerte er nicht, den „leidenschaftliche(n) Widerstand der Kommunisten“³⁶ hervorzuheben. Die moralische

und wissenschaftliche Reputation eines Maurice Baumont, der in der Zwischenkriegszeit im Völkerbund tätig war und nach 1945 als Professor an der Sorbonne zu den intimen Kennern der deutsch-französischen Beziehungen gehörte, bürgte in gewisser Weise für die westdeutschen Kollegen.

Die Internationalisierung im Spannungsfeld weltanschaulicher Konkurrenz setzte sich auch 1969 fort, als das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Anthologie zum 20. Juli 1944 unter der Leitung von Hans-Adolf Jacobsen publizierte, in die auch der sowjetische Historiker Daniil Melnikow Aufnahme fand. Um die chifrenartige Zusammenfassung des Widerstandes gegen Hitler im „20. Juli“ und seine Funktion als antitotalitärer Stützpunkt eines demokratischen Nationalbewusstseins in der Bundesrepublik³⁷ nicht infrage zu stellen, gab Jacobsen in seinem Vorwort als „Lesehilfe“ ein geschichtspolitisches Interpretationsraster vor, für dessen Rechtmäßigkeit die ausländischen Historiker – Frankreich war wiederum durch Baumont vertreten – einstehen sollten: „Denn es geht letzten Endes um die tiefere Erkenntnis, dass der Widerstand in Deutschland trotz seines Scheiterns als Symbol einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Gesinnung gesiegt hat.“³⁸

Es kann als Reaktion auf das weithin dominierende „antitotalitäre“ Deutungsmuster verstanden werden, den Widerstandsbegriff fast singular am 20. Juli 1944 zu orientieren, dass Historiker wie Henri Bernard und Gérard Sandoz in den folgenden Jahren neue Darstellungen vorlegten, dabei jedoch quasi als „antifaschistische“ Gegenreaktion ein idealisiertes Bild zeichneten, das mehr vom politischen Bewusstsein der Autoren als vom Willen zur Historisierung bestimmt war, so dass sie die Komplexität der „Dialektik von Mitmachen und Widerstehen, von Zusammenarbeit und Verweigerung, von Loyalität und Opposition“ (Klaus Hildebrand) nur ungenügend einfingen.³⁹

31 Bundesdeutsche Botschaft in Paris an Auswärtiges Amt, 2. 4. 1964, PA/AA, B 24, Bd. 523, Bl. 36–38.

32 Vgl. Alfred Grosser, *Réflexions*, in: Ch. Levisse-Touzé/St. Martens (Anm. 21), S. 343–351, hier: S. 343 f.

33 Vgl. Alain Desroches, *Opération Walkyrie. Les Patriotes Allemands contre Hitler*, Paris 1966.

34 Vgl. *Die Wahrheit über den 20. Juli*, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1954.

35 Vgl. Maurice Baumont, *La grande conjuration contre Hitler*, Paris 1963, S. 238 ff.

36 Maurice Baumont, *Erhebung einer Elite gegen Tyrannei*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29/1964, S. 20–23.

37 Vgl. Aleida Assmann/Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999, S. 198 ff.

38 Hans-Adolf Jacobsen, *20. Juli 1944. Die deutsche Opposition gegen Hitler im Urteil der ausländischen Geschichtsschreibung. Eine Anthologie*, Bonn 1969, S. 6.

39 Vgl. Henri Bernard (Hrsg.), *L'autre Allemagne. La résistance allemande à Hitler*, Paris 1976; Gérard Sandoz, *Ces Allemands qui ont défié Hitler, 1933–1945*, Paris 1980. Alternativ verfügten französische Leser in den achtziger Jahren über das Standardwerk von Peter Hoffmann, *La Résistance allemande contre Hitler*, Paris 1984 (orig. München 1979).

Konvergenz und Kooperation

Wenn sich auch die Widerstandsdeutungen französischer und westdeutscher Historiker in den achtziger Jahren angenähert hatten, so bedurfte es erst der deutschen Vereinigung und der Entideologisierung der Geschichtswissenschaft, um der Konvergenz in der Widerstandsforschung den Weg zu bahnen. Zu ihrer Grundlage wurde die institutionelle Vernetzung von vergleichender Forschung zu Widerstand bzw. *Résistance* in Deutschland und Frankreich und eine damit einhergehende Tiefen- und Breitenwirkung in der Öffentlichkeit. Ausgangspunkt war der 50. Jahrestag des 20. Juli, zu dem die deutsch-französische Zeitschrift „Documents“ eine Themenummer vorlegte,⁴⁰ die am 21. Juli 1994 am Goethe-Institut in Lille vorgestellt wurde und Signalwirkung besaß.

Ein Jahr später erwuchs aus einer im September 1994 unterzeichneten Vereinbarung zwischen Paris und Berlin eine Kooperation zwischen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und dem im März 1995 ins Leben gerufenen Mémorial du Maréchal Leclerc de Hautecloque et de la Libération de Paris – Musée Jean-Moulin. Erstes sichtbares Ergebnis dieser Zusammenarbeit war die Ausstellung „Des Allemands contre le nazisme, 1933–1945“, die der interessierten Öffentlichkeit in einer für Frankreich adaptierten Fassung zuerst in Paris (November 1995) und dann in verschiedenen französischen Provinzstädten präsentiert wurde.⁴¹ Das Kulturabkommen zwischen den Hauptstädten war Ausgangspunkt für ein wissenschaftliches Kolloquium, das im Mai 1996 mit Unterstützung und durch Zusammenarbeit von offiziellen Stellen und wissenschaftlichen Institutionen in Paris stattfand. Zum ersten Mal trafen sich deutsche und französische Historiker mit Zeitzeugen aus den verschiedenen Widerstandsgruppen, um zum einen aus transnationaler Sicht die Existenz eines *Allemagne autre que celle du nazisme* zu bezeugen, zum anderen, um das Ende verschiedener Legenden einzuläuten.⁴² Dass die Anstrengungen der neunziger Jahre auf beiden Seiten des Rheins kein wissenschaftliches Strohfeuer blieben, sondern Ausgangspunkt für eine interpretative Konvergenz und eine bis heute lebendige Kooperation

40 Vgl. „Non à Hitler. Oppositions et résistances contre le régime nazi“, in: Documents, 49 (1994) 2.

41 Vgl. den Ausstellungskatalog: Les musées de la ville de Paris (Hrsg.), Des Allemands contre le nazisme, 1933–1945, Paris 1995.

42 Vgl. zur Vorgeschichte des dann veröffentlichten Bandes die einleitenden Worte in: Ch. Levisse-Touzé/St. Martens (Anm. 21).

waren,⁴³ bezeugt der Sammelband über Frauen in der *Résistance* in Frankreich, unter ihnen auch deutsche Frauen,⁴⁴ sowie eine gerade abgeschlossene Ausstellung in Paris über Attentate gegen Hitler.⁴⁵

Um die Forschungsergebnisse zum deutschen Widerstand der nachwachsenden Generation zugänglich zu machen, wurden in den neunziger Jahren vor allem gesellschaftliche bzw. schulische Multiplikatoren in die Erinnerungsarbeit eingebunden. Diesem Bemühen entsprach die Entscheidung, das „Dritte Reich“ (1996/97) und „Widerstand und Exil“ (1997/98) als Landeskundethemen in die staatlich-zentralisierten Lehrrexamina *CAPES* und *Agrégation* (Germanistik) aufzunehmen.⁴⁶ Von 2000 an legten darüber hinaus drei französische Germanisten Gesamtdarstellungen zum deutschen Widerstand vor, die von einem ideengeschichtlichen Ansatz Ursprünge und Praktiken widerständigen Verhaltens zwischen 1933 und 1945 zu erklären versuchen.⁴⁷ Während sich Gilbert Merlio und Barbara Köhn der Historisierung ihres Gegenstandes verpflichtet fühlen, stehen in der Studie von Gilbert Badia trotz aller Mäßigung im Urteil und veränderten Schwerpunktsetzungen auch heute noch politisch motivierte Fragestellungen im Vordergrund, die bei dem (in der Tat defizitären) Forschungsstand der siebziger Jahre ansetzen und mit denen der Autor einen „Ausgleich“ zu von bundesdeutschen Historikern „willentlich“ gelassenen Forschungslücken schaffen will. Dagegen wirkt es wie ein demonstrativer Akt gegen ideologische Vereinnahmung und politisch motivierte Einschränkungen des Widerstandsspektrums in Frankreich und Deutschland, dass die

43 Es muss ebenso als Form von Anerkennung des deutschen Widerstandes gewertet werden, dass Hartmut Mehlinger im Jahr 2000 für eine Überblicksdarstellung (Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1997) den nach einem berühmten *résistant* benannten Prix Philippe Vianney erhielt.

44 Vgl. Mechthild Gilzmer/Christine Levisse-Touzé/Stefan Martens (Hrsg.), Les femmes dans la Résistance en France, Paris 2003.

45 „Conjurations et attentats contre Hitler“, Paris, 8. November 2003 bis 25. April 2004.

46 Vgl. die zur Vorbereitung der Studenten veröffentlichten Sammelbände: Gilbert Krebs u. a. (Hrsg.), Etat et société en Allemagne sous le IIIe Reich, Asnières 1997; François Knopper u. a. (Hrsg.), Le National-socialisme: une révolution?, Toulouse 1997; Gilbert Krebs u. a. (Hrsg.), Exil et Résistance au national-socialisme 1933–1945, Asnières 1998; Françoise Knopper u. a. (Hrsg.), Les résistants au IIIe Reich en Allemagne et dans l'exil. Pensée et action, Toulouse 1997; Hélène Roussel u. a. (Hrsg.), Exil, Résistance, „Autre Allemagne“. L'opposition allemande au 3e Reich, Nanterre 1998.

47 Vgl. Gilbert Badia, Ces Allemands qui ont affronté Hitler, Paris 2000; Gilbert Merlio, Les résistances allemandes à Hitler, Paris 2003²; Barbara Koehn, La résistance allemande contre Hitler 1933–1945, Paris 2003.

bereits 1953 erschienene Erzählung „Der lautlose Aufstand“ von Günther Weisenborn 2000 in französischer Übersetzung erschien, gehörte der Autor seinerzeit doch zu den wenigen, die den Arbeiterwiderstand in ihre Erwägungen miteinbezogen.⁴⁸

Das populärwissenschaftliche Interesse für eine *résistance inconnue* bzw. für Einzelschicksale unbekannter Männer und Frauen im Widerstand⁴⁹ zeugt von einem Streben nach kontinuierlicher Differenzierung des Widerstandsbildes in Frankreich⁵⁰ und dem in Deutschland festzustellenden Bemühen, das gesamte Spektrum des Kampfes gegen den Nationalsozialismus zu erfassen und dieses auch französischen Schülern zugänglich zu machen, die in ihren Geschichtsbüchern nach wie vor nur wenig über die Thematik erfahren. Zu diesem Zweck organisierten aus Anlass der Eröffnung der Ausstellung „Vom Widerstand zur Demokratie – De la Résistance à la démocratie“ im Februar 2002 in Toulouse die Berliner Gedenkstätte und die Universität Toulouse-Le Mirail ein vom Deutsch-Französischen Jugendwerk⁵¹ unterstütztes trinationales Treffen mit polnischer Beteiligung, in dem sich Studenten mit der Widerstandsarbeit von Deutschen und Polen in der *Résistance* beschäftigten. Der Diskussion um Widerstand im Namen universeller Werte im Spannungsfeld unterschiedlicher nationaler Interpretationen kommt in diesen Veranstaltungen nicht nur eine Brückenfunktion in die Vergangenheit zu, sondern wird von den Veranstaltern auch als identitätsstiftendes Mittel genutzt, um eine gemeinsame europäische Zukunft zu gestalten.

Widerstand als Fähigkeit zum „Nein-Sagen“, weil das Gewissen keinen anderen Ausweg mehr zulässt, eine Haltung, welche in Frankreich in Charles de Gaulle (*L'homme qui a dit, non*) seine Personifizierung findet, betonte auch die eingangs genannte ehemalige französische Europaministerin Noëlle Lenoir in ihrer Ansprache für Freiherr von Boeselager. Sie ordnete sie jenen Grundwerten zu, auf denen die europäische Integration beruhe. Auch wenn es aus

48 Vgl. Günther Weisenborn, *Une Allemagne contre Hitler*. Préface de Alfred Grosser, Paris 2000/2003.

49 Vgl. Anne Sizaire, *Les roses du mal. Résistants allemands au nazisme*, Lyon 1995 und Paris 2000; Gilbert Merlio, *Ces Allemandes qui luttèrent contre Hitler*, in: *Historia*, 663 (2002).

50 Vgl. Roland Pfefferkorn (Hrsg.) *La résistance allemande contre le nazisme*, Straßburg 1998; *Un attentat contre Hitler. Procès-verbaux des interrogatoires de Johann Georg Elser*, traduction et présentation de Bénédicte Savoy, Arles 1998; <http://resistanceallemande.online.fr>.

51 Vgl. Hans Manfred Bock (Hrsg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003*, Opladen 2003, S. 190.

Versöhnungsperspektive zu begrüßen ist, dass die Existenz eines „anderen“ Deutschlands heute in Frankreich nicht mehr in Frage gestellt wird und dem Thema Widerstand eine grenzüberschreitende, identitäre Brückenfunktion zukommt, so sollte eine Frage nicht aus den Augen verloren werden: Warum blieb der Widerstand gegen Hitler ein „Widerstand ohne Volk“, wenn nicht alle Deutschen ein Herz aus Stein hatten, wie es in einem jüngst übersetzten Zeitzeugenbericht heißt?⁵²

Fazit

Dem Kampf gegen die Besatzer kam in der französischen Nachkriegsgesellschaft eine enorme politische und symbolische Bedeutung zu; er ließ die *Résistance* zu einem positiven Anknüpfungspunkt nationaler Identität werden. Die Durchsetzung einer neuen nationalen „Meistererzählung“ mit ihren Mythen und Legenden brauchte Abgrenzung und leistete Vorschub für die Kollektivschuldthese und eine antideutsche Grundstimmung.

Dass in den transnationalen Kommunikationskanälen lange Zeit nur wenig Platz für eine angemessene Würdigung des deutschen Widerstandes zur Verfügung stand, lag nicht zuletzt auch an den Ungleichzeitigkeiten im Umgang mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts. Während der nationalkonservative Widerstand bzw. der 20. Juli 1944 in der Bundesrepublik als Ausdruck antitotalitären Handelns überhöht wurde, dominierte im französischen intellektuellenmilieu eine antifaschistische Grundhaltung, die sich erst nach dem von Alexander Solschenizyn 1974 ausgelösten „Gulag-Schock“ in einen antitotalitären Grundkonsens weiterentwickelte.

Diese diskursiven und intellektuellen Inkompatibilitäten versuchten Adenauer und de Gaulle seit Anfang der sechziger Jahre zu überwinden, indem sie weiterhin existierende Tabuthemen hinter einem „versöhnenden“ Schlussstrichdiskurs überspielten. Die Grundlage für eine transnationale Interaktion in der Widerstandsforschung förderten sie mit dieser geschichtspolitisch motivierten Entscheidung jedoch nicht, so dass es erst eines Generationswechsels und einer damit einhergehenden Entmythologisierung bedurfte, um die Historisierung des Widerstands in den neunziger Jahren gemeinsam anzugehen.

52 Vgl. Marie Kahle, *Tous les Allemands n'ont pas un cœur de pierre. Récit de la fuite de la famille Kahle hors de l'Allemagne nazie*, Paris 2001 (*What would you have done? The story of the escape of the Kahle family from Nazi-Germany*, London 1945).

Der 20. Juli 1944 im deutschen Film

Am 25. Januar 1942 saß Adolf Hitler mit dem Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, dem „Reichsführer SS“, Heinrich Himmler, und Generaloberst Kurt Zeitzler, Chef des Generalstabs des Heeres, am Mittagstisch in der „Wolfschanze“ in Rastenburg. Der „Führer“ dachte laut darüber nach, welche Charaktereigenschaften die europäischen Völker auszeichnen, deren Länder seine Wehrmacht überfallen und besetzt hatte. „Der Tscheche ist von allen Slawen der gefährlichste“, warnte er, „weil er fleißig ist. Er hat Disziplin, hat Ordnung, ist mehr mongoloid als slawisch. Hinter einer gewissen Loyalität weiß er seine Pläne zu verbergen. Sie werden jetzt arbeiten, weil sie wissen, daß wir unbarmherzig und brutal sind. Ich verachte sie nicht, es ist ein Schicksalskampf. Ein fremder Rassensplitter ist in unser Volkstum eingedrungen, einer muß weichen, er oder wir.“

Gäste, die Hitler sich einlud, kamen nicht zu Wort, und wollten es auch gar nicht. Es genügte ein zustimmendes Nicken beim Löffeln der vegetarischen Suppe, um den Monolog voranzutreiben: „Beim Polen haben wir das Glück, daß er faul ist und dumm, eingebildet.“ Hitler legte den Löffel aus der Hand. Sofort hörte auch das Klappern der anderen Löffel auf, und in die eingetretene Stille hinein sagte er leise: „Man muß es schnell machen, es ist nicht besser, wenn ich einen Zahn alle drei Monate um ein paar Zentimeter herausziehen lasse – wenn er draußen ist, ist der Schmerz vorbei. Der Jude muß aus Europa heraus. Wir kriegen sonst keine europäische Verständigung. Ich sage nur, er muß weg. Wenn er dabei kaputtgeht, da kann ich nicht helfen. Ich sehe nur eines: die absolute Ausrottung, wenn sie nicht freiwillig gehen.“¹

Am 20. Juli 1944 erschien der „Führer“ pünktlich um 12.30 Uhr in der Wolfschanze, diesmal nicht zum Mittagessen, sondern zur Lagebesprechung. „Stauffenberg mußte vor allem die Aktentasche so abstellen, daß sie niemandem im Wege war. Trotz aller Bemühung kam er nur an die rechte Ecke des Tisches“, beschreibt Peter Hoffmann die entscheidenden Minuten vor der Explosion. „Er nahm also

die Tasche und stellte sie dort unter den Tisch. Hätte er versucht, sich zwischen Heusinger und Brandt zu drängen und die Tasche an der Innenseite des Sockels, also Hitler unmittelbar vor die Füße zu stellen, er hätte mit Sicherheit wegen eines solchen Verhaltens große Schwierigkeiten bekommen. Er konnte nicht anders, als sie rechts neben den rechten Tischsockel stellen. Da die Tasche noch etwas unter dem Tischrand hervorragte, ist es wohl möglich, daß sie Oberst i.G. Brandt im Wege war und daß dieser sie mit dem Fuß ein Stück weiter unter den Tisch schob.“²

War es der blank geputzte Stiefel von Oberst Brandt, der den Anschlag scheitern ließ? Ein geglücktes Attentat hätte Deutschland kaum vor der Verdammnis der Völker retten können. Die Dolchstoßlegende des Ersten Weltkrieges wäre wohl neu aufgeflammt, hätte alle humanistisch-demokratischen Absichten blockiert. Noch heute verstummt der Besucher auf Schloß Liebenberg bei Gransee vor der Schlosskirche, wenn er den nationalen Wahnsinn liest, der auf den beiden Granitsteinen steht, die links und rechts die Treppe zum Kirchenportal rahmen: „1871 bis 1918 Unseren Helden sei Dank – 1919 Frieden macht krank.“

Das Attentat, ob es glückte oder nicht, es musste stattfinden. Zwischen der Führung um Hitler und den Männern des 20. Juli 1944 gab es kein Vertrauen mehr. Ob Stauffenberg, von Tresckow, von Kluge, sie alle wurden mehr oder weniger Augenzeugen von Hitlers vernichtender Rassenpolitik, von seiner Kriegführung im Osten, die allen Völkerrechtskonventionen Hohn sprach. Und sie wussten, dass dieser Verlust an Vertrauen Deutschland auf Dauer existenz- und handlungsunfähig machen würde. Hitler verwüstete mit seiner Politik nicht nur Europa, er liquidierte auch grundlegende menschlich-soziale Fähigkeiten. Er belog die Deutschen. Wenn er das Wort „Frieden“ in den Mund nahm, meinte er „Krieg“. Nur wenige fanden die Kraft, gegen diese Schizophrenie anzugehen.

1 Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Aufgezeichnet von Heinrich Heim, hrsg. und kommentiert von Werner Jochmann, München 2000, S. 227 f.

2 Peter Hoffmann, Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München–Zürich 1985, S. 489 f.

Claus Schenk Graf von Stauffenberg hat sich Fragen gestellt, die Golo Mann in seinen „Erinnerungen“ reflektierte: „Mit welchem Schritt, wann begann der Sündenfall der deutschen Politik? Wann erschien der letzte Moment, in dem es noch möglich gewesen wäre, Europa vor seinen extremsten Folgen zu bewahren? (...) Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muß geschehen, denn dieser Mann ist das Böse an sich.“³ Diese Worte äußerte Stauffenberg gegenüber Jakob Kaiser, als er ihm darlegte, dass nach seiner und seiner engsten Berater Ansicht alles gewagt und versucht werden müsse, Hitler zu beseitigen. Als er sich entschloss, die Ausführung des jahrelang erwogenen und mehrfach bis ins Einzelne vorbereiteten Attentats auf Hitler auf sich zu nehmen, war Stauffenberg 36 Jahre alt. Er war von der Vorstellung erfüllt, dass der Liquidation des Regimes ein echter staatlicher Erneuerungsversuch folgen müsse, „die Bildung eines bis in die breiten Volksschichten überzeugenden, neuen, sozialen Staates. Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt.“

Joseph Goebbels hat in seiner Rundfunkrede am 26. Juli 1944, die er „Rechenschaftsbericht über den 20. Juli“ nannte, eine Schlussfolgerung aus dem Geschehen gezogen, die als Antithese zitiert werden muss: „Ich hatte es schon oft – aber noch niemals so sichtbar und eindeutig wie hier – erlebt, daß der Führer sein Werk unter dem Schutz der Vorsehung erfüllt, daß keine Gemeinheit und Niedertracht ihn daran zu hindern oder dabei aufzuhalten vermag, daß damit aber auch ein über allem menschlichen Tun waltendes göttliches Schicksal uns einen Fingerzeig gibt, daß dieses Werk, auch wenn es noch so großen Schwierigkeiten begegnet, vollendet werden muß, vollendet werden kann und vollendet werden wird.“⁴

Erste filmische Versuche

In seiner 1944 im Exil in der Schweiz geschriebenen Erzählung „Der Leutnant Yorck von Wartenburg“ (durch eine Novelle von Ambrose Bierce inspiriert) lässt der Schriftsteller Stephan Hermlin die zwischen Leben und Tod träumende Titelfigur

³ Das Gewissen steht auf. Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, gesammelt von Annedore Leber, Berlin–Frankfurt/M 1959, S. 228 f. Dort auch das folgende Zitat.

⁴ Goebbels. Reden 1933–1945, hrsg. von Helmut Heiber, Bindlach 1991, S. 342 f.

sagen: „Ich habe diese Diktatur verachtet, Anna, jetzt hasse ich sie.“ Das ist ein Schlüsselsatz für die Problematik, der sich alle filmischen Versuche in der Bundesrepublik wie in der DDR und im wieder vereinigten Deutschland, dem Thema gerecht zu werden, stellen müssen. Hinter dieser Erkenntnis des Yorck von Wartenburg steht die Frage: Wo verläuft die Linie zwischen Zustimmung und Anpassung? Wann beginnt Verachtung, bis hin zum Hass, gegenüber einem Regime, auf das nicht wenige in Europa bis zum 1. September 1939 mit kaum verhohlener Bewunderung geschaut hatten, obwohl, wenn sie genau hingesehen und hingehört hätten, das Knirschen neuer Panzerketten und der auf dem Asphalt Unter den Linden explodierende Stechschritt einer immer aggressiveren Wehrmacht nicht zu überhören waren.

Es gibt im deutschen Kino, Ost wie West, nur wenige Spielfilme, die sich mit dem deutschen Widerstand auseinandergesetzt haben. Das Wort „Widerstand“ taucht im 5. Band des Deutschen Sprichwörterlexikons von 1880, herausgegeben von Karl Friedrich Wilhelm Wander, interessanterweise nur einmal auf und wird so ausgelegt: „Je mehr Widerstand, um so mehr Fortgang.“ Vor dem „Widerstand“ kommt das „Widersprechen“, ein Wort oder besser eine Haltung, die Wander aus dem Französischen übersetzt mit dem bemerkenswerten Satz: „Wer nicht widerspricht, stimmt zu.“⁵

Der Widerstand des 20. Juli 1944 war der neu gegründeten Bundesrepublik über viele Jahre suspekt, weil vielen nach der totalen Kapitulation der Gedanke „Widerstand gleich Verrat“ näher lag. Hitler war nach der Niederlage des „Dritten Reiches“ und seinem Selbstmord noch lange nicht tot. Die Langzeitwirkung seiner Worte hatte er genau berechnet, auch die, welche er nach dem missglückten Attentat persönlich ins Mikrofon des Reichsrundfunks sprach: „Es ist ein ganz kleiner Klüngel verbrecherischer Elemente, die jetzt unbarmherzig ausgerottet werden!“

In seiner bereits erwähnten Rede vom 26. Juli 1944 im Großdeutschen Rundfunk, die von 20.15 bis 21 Uhr von allen Sendern übertragen wurde und am 27. Juli, leicht überarbeitet, im „Völkischen Beobachter“ abgedruckt wurde, beschwor Goebbels das deutsche Volk, sich hinter den „Führer“ zu stellen, denn er wusste wohl, dass der von Hitler denunzierte, „ganz kleine Klüngel verbrecherischer Elemente“ etwas ganz anderes war,

⁵ Deutsches Sprichwörterlexikon, hrsg. von K. F. Wander, Bd. 5, Leipzig 1880, S. 223.

nämlich die Spitze einer Widerstandsbewegung, in der alle Schichten vertreten waren: Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Künstler, Aristokraten, Vertreter des Großbürgertums, Wissenschaftler, Pfarrer, Bischöfe, Priester, Soldaten, Offiziere, Generäle, Wirtschaftsführer, Geheimdienstler, Kommunisten, Gewerkschaftler und Sozialdemokraten. Sie alle waren bereit, ihr Leben zu geben, um Deutschland und Europa vor einer politischen Verbrecherbande und ihren Welteroberungsplänen zu retten. Claus Schenk Graf von Stauffenberg steht für diese Gruppe: Die Widerspiegelung seiner Tat und seiner Zeit als „Aufstand des Gewissens“ im deutschen Film ist deshalb nicht nur von filmpolitischem Interesse.

Das Thema „Widerstand und Antifaschismus“ war in der DDR Staatsdoktrin, allerdings auf einem historisch schmalen Grat. Es ging vor allem um den kommunistischen Widerstand, in dem sich die wichtigsten Mitglieder der Partei- und Staatsführung ihre Biographien bestätigen und politisch legitimieren ließen. Der sozialdemokratische Widerstand fand immerhin Erwähnung; das Thema „Graf Stauffenberg und der 20. Juli 1944“ stand bis 1981 nicht zur Debatte – jedenfalls nicht im Kino und auch nicht im Fernsehen.

Hingegen gab es in der Bundesrepublik bereits 1955 eine erste künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema. In „Es geschah am 20. Juli“ (Regie: G.W. Pabst) besetzte der 36 Jahre alte Bernhard Wicki die Rolle des Stauffenberg. Im „Lexikon des Internationalen Films“ heißt es dazu: „G.W. Pabst rekonstruiert das Geschehen chronologisch und minutiös, bis zur standrechtlichen Erschießung des Obersten, zeigt sich dabei redlich um historische Genauigkeit bemüht, verliert über den vielen äußeren Details aber die vielfältigen Anliegen der Widerstandsbewegung, vor allem die mit dem Attentat verbundenen Gewissenskonflikte, aus den Augen. Die Geschichte des fehlgeschlagenen Attentats wurde zur gleichen Zeit auch von Dr. Falk Harnack, selbst Mitglied des deutschen Widerstandes, filmisch nacherzählt. Der Vergleich beider Filme durch die Kritik fiel überwiegend zugunsten Harnacks aus.“⁶

In seiner Biographie „Jenseits der Brücke. Bernhard Wicki – Ein Leben für den Film“, schreibt Richard Blank: „Filme, die sich kritisch mit der Nazizeit und dem Krieg auseinander setzten, kamen beim Publikum nicht recht an. Weder Laslo Benedeks ‚Kinder, Mütter und ein General‘ (1954)

noch Georg Wilhelm Pabsts ‚Es geschah am 20. Juli‘ (1955) hatten ein großes Publikum.“ Wicki zog daraus seine künstlerische Konsequenz, indem er fortan selbst Regie führte und 1959 mit dem Antikriegsfilm „Die Brücke“ ein Werk schuf, das inzwischen zur Filmklassik gehört. „Ein Film ist kein Essay zur Verbesserung der Menschheit und keine moralische Veranstaltung. Der Autor des Films, also der, der den Stoff und die Machart des Films bestimmt, folgt seinem inneren Material, das er möglichst stimmig nach außen bringt, in Bilder und Dialoge umgesetzt. Erst im Abstand kann er, wenn nötig, seinen Film von außen betrachten und zu rationalen Erklärungen ansetzen.“⁷

Während G.W. Pabst „Es geschah am 20. Juli“ drehte, verfilmte Kurt Maetzig in den Babelsberger Studios der DEFA das zweiteilige Epos „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ und „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse.“ Schon 1949 war bei der DEFA die Idee entstanden, den von den Nationalsozialisten im KZ Buchenwald ermordeten einstigen Vorsitzenden der KPD mit einem biographischen Film zu ehren. Maetzig, ein Schüler von Wolfgang Staudte, wäre heute um ein großes Filmwerk reicher, wenn ihm die DEFA einen Film über Stauffenberg angeboten hätte. Aber merkwürdigerweise spielte diese Problematik, die doch so nahe lag – 1954 hätte die DEFA mit einem solchen Film nach zehn Jahren das Attentat auf Hitler als „einen Aufstand mutiger Männer, die hofften, dass sich ihnen das deutsche Volk anschließen wird“, ehren können –, nie eine Rolle.

Rudolf Jürschik, Chef dramaturg der DEFA von 1977 bis 1990, weiß zu berichten, dass das Thema 20. Juli 1944 auch zu seiner Zeit nicht zur Debatte stand. „Es gab Überlegungen“, erinnert er sich, „mit einem sowjetischen Autor einen Film über General Paulus zu produzieren. Es gab auch den Vorschlag, im Sinne der Preußen-Welle, einen Film über Friedrich den Großen zu drehen. Über diese Linie wäre sicher das Umfeld ‚Ethos des preußischen Offiziers‘ berührt worden, bis hin zum Nationalkomitee Freies Deutschland, aber das Thema ‚20. Juli 1944‘ war kein Schwerpunkt, wohl auch deshalb, weil wir Sorgen hatten, daß wir damit keine Zuschauer erreichen.“⁸

Zwischen 1970 und 1990 bestand das Kinopublikum der DDR zu rund 90 Prozent aus Zuschauern zwischen 14 und 24 Jahren – eine Generation, die zu den Jahren 1933 bis 1945 keine Beziehung

⁶ Lexikon des Internationalen Films, Frankfurt/M. 2002, S. 809.

⁷ Richard Blank, Jenseits der Brücke. Bernhard Wicki – Ein Leben für den Film, München 1999, S. 107.

⁸ Rudolf Jürschik im Gespräch mit Eberhard Görner, Berlin, 16. 5. 2004.

hatte. 1971 verfilmte Horst Brandt nach einem Buch von Wera und Klaus Küchenmeister „KLK an PTX – Die Rote Kapelle“. Der Film nahm eine Verlagerung der Fakten und Emotionen vor und stellte die besondere Rolle der Kommunisten im Widerstand heraus. Er wurde aber auf der Leinwand kein Erfolg, was zu einer Absprache zwischen dem ZK der SED und dem Kulturministerium der DDR führte, die Thematik nicht noch einmal anzugehen.

„Operation Walküre“

Am 18. und 20. Juli 1971 sendete die ARD das zweiteilige dokumentarische Fernsehspiel „Operation Walküre“ von Autor Helmut Pigge und Regisseur Franz Peter Wirth. „Heute noch erscheint es mir wie ein Wunder“, schrieb Pigge im ARD-Pressedienst, „daß ich diesen schwierigen, komplexen Stoff überhaupt in den Griff bekam – die Entwicklung zog sich über etwa drei Jahre hin. Wir haben den authentischen Ablauf des 20. Juli 1944 an den Originalschauplätzen verfolgt, auf verschiedenen Ebenen mit gegenläufiger Bewegung sozusagen, den aktenkundigen Berliner Stätten, im ehemaligen Führerhauptquartier Wolfsschanze (heute Polen), im Hotel Majestic in Paris (jetzt Tagungs-ort der Vietnam-Konferenz), im Schloß La Roche Guyon (ehemaliges Hauptquartier General Rommels) und im damaligen Wehrkreiskommando XVII am Stubenring in Wien (heute Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe).“⁹

„Operation Walküre“, ursprünglich als legaler Alarmplan für das Heimatheer konzipiert, wurde von den Männern des 20. Juli bekanntlich später „umgearbeitet“. Im Gegensatz zu Pseudodokumentationen der vergangenen Jahre, die vor allem die Figur Stauffenbergs in einseitiger wie freizügiger Kinomanier interpretierten, wird hier erstmals der dokumentarische Versuch unternommen, die Geschehnisse jenes Tages minutiös zu rekonstruieren. Dazu bedurfte es detektivischer Methoden. Franz Peter Wirth: „In jenem Haus in Berlin-Lichterfelde, in dem einst Generaloberst Beck, das geistige Haupt des Widerstandes, wohnte – damals Goethestraße 9, heute Goethestraße 24 –, befindet sich inzwischen das Schlafzimmer einer Berliner Familie. Und in Stauffenbergs ehemaligem Haus in Wannsee lebt jetzt ein junges Architektenehe-

paar. Eine Gedenktafel befindet sich an keinem der Häuser – es war eine ungeheure Begegnung mit der Vergänglichkeit.“ Helmut Pigge steuerte ein weiteres melancholisches Detail bei: „Als wir im Pariser Hotel Majestic drehten (wir brauchten eine Sondergenehmigung des französischen Außenministeriums dazu), war eine weitere wichtige Zeugin zugegen, die wir als Interview-Partnerin vor die Kamera holen konnten: Freifrau von Pöllnitz, geb. Komtesse Podewills, damals Sekretärin des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich, General Stülpnagel, die bei der Wiederbegegnung der alten Arbeitsstelle feststellte: ‚Die Tür quietscht noch immer – wie vor 25 Jahren.‘“

„Dieser Tag war ein ganz entscheidendes Ereignis in unserer jüngsten Geschichte“, so Wirth, „und wir hoffen, mit unserer Dokumentation ein für allemal das Odium der ‚Verräter‘ von den Männern des 20. Juli zu nehmen, das ihnen in den Augen mancher Zeitgenossen offenbar noch immer anhaftet. Schließlich war fast der ganze preußische Adel in die ‚Operation Walküre‘ verwickelt – hier gab er seine letzte große Vorstellung, bevor er von der Bühne der Geschichte abtrat.“

Die zweiteilige Dokumentation „Operation Walküre“ beginnt mit einer Wochenschau, die den Erfolg der Operation und die Ablösung Hitlers verkündet. Dieser fiktive Ausgang wird verknüpft mit einer Straßenbefragung, bei der Joachim Fest Passanten um Auskunft darüber bittet, was sie, gut 25 Jahre danach, über den 20. Juli 1944 wissen. Das Ergebnis erschüttert, weil es zu belegen scheint: Die Deutschen sind Meister im Auswechseln ihrer Fahnen, Parteiabzeichen und Lieder, im Abreißen geschichtsträchtiger Gebäude, im Verdrängen ihrer eigenen Geschichte.

Pigge und Wirth haben sich mit „Operation Walküre“ im öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit ihrem unverstellten Zugriff auf historische Wahrheit verdient gemacht. Sie haben mit der künstlerischen Form des Dialogs zwischen Dokumentation und Spielhandlung den Weg geebnet für solche außergewöhnlichen Arbeiten wie etwa die im Jahre 2001 in der ARD gesendete dreiteilige Spielfilm-Dokumentation „Die Manns“ von Heinrich Breloer. Dieser wird bei dem derzeit in Produktion befindlichen Film „Speer“ u. a. sicher auf das Interview von Pigge und Wirth mit Albert Speer zurückgreifen, in dem Hitlers ehemaliger Rüstungsminister im ersten Teil von „Operation Walküre“ darüber Auskunft gibt, dass er nach einem erfolgreichem Attentat an der neuen Reichsregierung hätte mitwirken sollen.

⁹ Helmut Pigge/Franz Peter Wirth: „Die Tür quietscht noch immer, wie vor 25 Jahren . . .“, in: ARD-Pressedienst, (1971) 9, auch für die folgenden Zitate.

„Der Leutnant Yorck von Wartenburg“

Wahrscheinlich wäre in der DDR nie ein Film über den 20. Juli 1944 entstanden, wenn nicht innen- wie außenpolitische Zwänge geholfen hätten. Mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976 entstand ein ungeheurer Druck auf die Staats- und Parteiführung. Die Intellektuellen, vor allem die Künstler, die sich fast alle dem antifaschistischen Verfassungsprogramm der DDR nahe wussten, konnten nicht begreifen, dass sich das Politbüro der SED mit dem Mittel der Ausbürgerung eines Instrumentariums bediente, das im „Dritten Reich“ gang und gäbe war. Auch Stephan Hermlin geriet an den Rand seiner Loyalität zu Erich Honecker. Die Mitarbeiter der Staatssicherheit mussten hinter den Scheibenwischern von Hermlins Volvo Zettel „sichern“, auf denen stand: „Bleiben Sie im Land“ oder „Warum gehen Sie nicht?“ Die Leitungsgremien der DEFA und des DDR-Fernsehens erhielten von Honecker persönlich den Auftrag, Hermlin im Land zu halten.

Von diesen hektischen Aktivitäten hinter den Kulissen der Macht wusste der Autor dieser Zeilen nichts, als er in der Akademie der Künste (AdK), dank Vermittlung durch den Leiter des Literaturarchivs der AdK, Ulrich Dietzel, auf Hermlin zuzug, um ihm das Szenarium „Der Leutnant Yorck von Wartenburg“ vorzulegen, mit der Bitte um Beurteilung. Hermlin war verstimmt: „Warum haben Sie mich nicht vorher gefragt, ob Sie meine Erzählung überhaupt bearbeiten dürfen?“ Meine Antwort war naiv, aber ehrlich: „Daran habe ich nicht gedacht. Das Einzige, woran ich gedacht habe, war die Überzeugung, dass ich aus Ihrer Geschichte einen Film machen muß.“ Nach Lektüre meiner filmischen Adaption kam relativ rasch seine Zustimmung für eine Verfilmung. Die Leitung des Bereiches Dramatische Kunst unter Erich Selbmann im DDR-Fernsehen war elektrisiert. Frank Beyer, der mit dem DDR-Fernsehen wegen seiner Kritik an der Biermann-Ausweisung über Kreuz lag, wurde als Regisseur verpflichtet. Wir besichtigten gemeinsam die Hinrichtungsstätte in Berlin-Plötzensee, und wir nahmen in Berlin-Dahlem Kontakt auf zu Marion Gräfin Yorck von Wartenburg, die das Projekt unterstützte und uns an Rosemarie Reichwein und Freya von Moltke weiter vermittelte.

In seiner Autobiographie „Wenn der Wind sich dreht“ schreibt Frank Beyer unter dem Kapitel „Die trüben Achtziger“: „Ein nächstes Projekt, ein

Film nach Anna Seghers Roman ‚Transit‘, kam nicht zustande, weil Anna Seghers die Verfilmungsrechte dem französischen Regisseur René Allio versprochen hatte. Aus dem Fernsehen der DDR, bei dem ich ja weiterhin fest angestellt war, kam in fünf Jahren ein einziges Stoffangebot, nämlich ‚Der Leutnant Yorck von Wartenburg‘. Ich schätzte diese Erzählung von Stephan Hermlin, wusste aber nicht, wie ich sie in den Film übertragen sollte. So mußte ich den Stoff zurückgeben.“¹⁰

Der Film entstand trotzdem. Unter der Regie von Peter Vogel spielte Alexander Lang vom Deutschen Theater Berlin die Hauptrolle. Außerdem wirkte Günter Haubold mit, einer der renommiertesten Kameramänner der DEFA. Der Film wurde in den Niederlanden, in Moskau und in den Babelsberger Studios der DEFA gedreht. Nach seiner TV-Premiere am 22. November 1981 öffnete sich plötzlich eine Tür. Zum ersten Mal wurde in der DDR der Widerstand der deutschen Aristokratie gegen Hitler – wenn auch fiktional, auf der Basis von Literatur – filmisch gewürdigt. Stephan Hermlin identifizierte sich mit der künstlerischen Sicht der Filmemacher. Auch Marion Gräfin Yorck von Wartenburg signalisierte ihre Zustimmung. In einem Interview für die AdK-Zeitschrift „Sinn und Form“ betonte sie: „Für mich ist natürlich alles sehr aufregend. Wenn überhaupt jemand erscheint, der seinen Namen hat und auch dieses Schicksal – das hat mich doch sehr aufgeregt. Ich fand den Film überhaupt gut gemacht. Auch den Anfang und auch die dramatische Spannung.“ Auf die Frage von Ulrich Dietzel: „Was würde man sich an Wirkung durch diesen Film wünschen müssen?“ antwortete sie: „Das ist der Einsatz, die Opferbereitschaft, bis zur letzten Konsequenz für seine Überzeugung einzutreten. Es war immerhin das Leben, das er gab.“¹¹

Im April 1984 fuhr ein Filmteam unter der Leitung von Hans Bentzien mit Freya von Moltke und Rosemarie Reichwein zu Dreharbeiten für den Dokumentarfilm „Wir haben nichts zu bereuen“ nach Krzyzowa/Polen, dem ehemaligen Kreisau, auf das Schloss von Helmuth von Moltke. Der Film bediente sich, wie „Operation Walküre“, fiktionaler und non-fiktionaler Mittel und gestaltete das Geschehen um den „Kreisauer Kreis“ nach, der eine der wichtigsten Widerstandsgruppen im Vorfeld des 20. Juli 1944 war. Krzyzowa glich einer Ruine. Die mächtigen Dachbalken lagen zerbro-

10 Frank Beyer, Wenn der Wind sich dreht. Meine Filme – mein Leben, München 2001, S. 314.

11 Ulrich Dietzel im Gespräch mit Gräfin Marion Yorck von Wartenburg, in: Sinn und Form, (1983) 3, S. 532.

chen auf der Schlosstreppe. Im Foyer gackerten die Hühner. Die Wirtschaftsgebäude waren halb verfallen. Das Berghaus, historischer Ort des Widerstandes, war von Brettern vernagelt. Trotzdem lag während der gesamten Zeit der Dreharbeiten eine große Hoffnung über dem Ort.

Die Gespräche in unserem kleinen Hotel in Walbrzych mit Freya von Moltke und Rosemarie Reichwein gingen bis tief in die Nacht. Auf die Frage nach den politischen Zielen des Kreisauer Kreises antwortete Freya von Moltke: „Zunächst muß ich von seinem Ursprung sprechen. Der Ursprung war sozusagen eine Nottat von Menschen, die im Dritten Reich leben mußten, die nicht absehen konnten, wie das enden würde, und wünschten, daß es enden solle, aber nichts dazu tun konnten, unmittelbar, daß es ende, und doch weiterleben mußten, bis es dann soweit war. Diese Menschen haben sich zusammengefunden und darüber gesprochen, wie es aussehen könnte und müßte und sollte, wenn es einmal vorüber war. Das ist der Ursprung. Das kommt nun von meinem Mann: Wenn man einen gemeinsamen Gegner hat, dann kann man sich eher zusammentun und besser zusammentun, auch wenn man verschiedener Ansichten ist, als wenn man sich gegenübersteht. Und so hatte mein Mann von vornherein den Gedanken, daß man, wenn man sich über diese Zeit später Gedanken macht, Menschen zusammenbringen muß, gemeinsame Gegner, die aber an sich ganz verschiedener Ansicht sein können. Also, er hat die verschiedenen Meinungen derer, die miteinander sprachen, ganz bewußt eingesetzt, weil er sich sagte, wenn sie miteinander sprechen, dann überwinden sie manche ihrer Vorurteile und vielleicht kommen wir dann weiter. So fanden sich im Kreisauer Kreis nicht ganz und gar verschiedene, aber doch sehr anders denkende Menschen, die jedenfalls von anderen Voraussetzungen ausgingen, auch andere Vergangenheiten hatten. Es waren im Grunde alles Männer, die für die Weimarer Republik gewesen waren. Sie hatten sie bejaht. Aber sie sahen die Fehler der Weimarer Republik. Sie fragten sich, warum ist es denn so schief gegangen? Wenn Sie die Verfassung von Weimar lesen, sie ist fast ideal. Sie müßten denken, daraus kommt eine wunderbare Demokratie. Aber so war es doch nicht gelaufen. Und darum fragten sie sich, was müssen wir denn tun, daß so etwas nicht wieder passiert? Und sie sagten sich: man muß etwas schaffen, was die Deutschen zu Demokraten macht.“¹² Die Filmdokumentation

¹² Eberhard Görner im Gespräch mit Freya von Moltke, in: Sinn und Form, (1984) 6, S. 1181 f.

„Wir haben nichts zu bereuen“, in der auch Marion Gräfin Yorck von Wartenburg mitwirkte, stieß sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik auf große Resonanz.

„Die Erste Reihe – Bilder aus dem Berliner Widerstand“ nach den biographischen Skizzen von Stephan Hermlin lautete der Titel einer großen DEFA-Produktion, die 1987 im Auftrag des Fernsehens der DDR in Potsdam-Babelsberg, Berlin und Prag unter der Regie von Peter Vogel entstand, in der auch die Thematik des 20. Juli 1944 gestaltet wurde. Die Hauptrollen übernahmen Johanna Schall, Enkeltochter von Bertolt Brecht, Ulrich Mühe, Roman Kaminski und Dagmar Manzel. Im West-Berliner „Tagesspiegel“ hieß es dazu: „Im November vorigen Jahres erfolgte die Erstsendung ‚Die Erste Reihe‘, ein Fernsehfilm nach Stephan Hermlin von Eberhard Görner, ausgezeichnet mit dem ‚Goldenen Bildschirm 1987‘ und seit Jahren eine der besten Produktionen aus Adlershof, wert, von ARD und ZDF eingekauft zu werden. Anlaß, die Lebensläufe von sechs Berliner Widerstandskämpfern nach kurzer Zeit erneut zu senden, war das Datum: Der zweite Sonntag im September ist der ‚Internationale Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors‘ – und kein anderes Programm wäre dieses Tages würdig gewesen.“¹³

Aus einem Mosaikstein wie dem Film „Der Leutnant Yorck von Wartenburg“ entstand ein die DDR-Gesellschaft erfassender politischer Wandel, der zu einer radikalen Erweiterung des Themas „20. Juli 1944“ führte und eine Diskussion über Zivilcourage, Macht und Geist, Diktatur und Individuum beförderte. In evangelischen und katholischen Zeitschriften wurde über den Widerstand der Kirchen zwischen 1933 und 1945 reflektiert und nachgewiesen, dass bei vielen wichtigen Protagonisten des Kreisauer Kreises die Kraft zum Widerstehen aus ihrem christlichen Glauben kam, wie es Clarita von Trott zu Solz in einem Gespräch für den „Standpunkt“ bestätigte.¹⁴ Meine Absicht, dem Gefängnispfarrer von Tegel, Harald Poelchau, Mitglied des Kreisauer Kreises und Seelsorger der zum Tode verurteilten Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, einen zweiteiligen Fernsehfilm zu widmen, wurde durch das DDR-Fernsehen 1988 vertraglich bestätigt. Das Vorhaben konnte angesichts der Ereignisse im Jahre 1989 nicht mehr umgesetzt werden.

¹³ Eckart Kroneberg in: Tagesspiegel vom 13. 9. 1988.

¹⁴ Vgl. Eberhard Görner im Gespräch mit Clarita von Trott zu Solz, in: Evangelische Monatszeitschrift Standpunkt, 16 (1988) 9/10.

Bestandsaufnahme und Defizite

Am 19. Juli 1990 strahlte der Deutsche Fernsehfunk (DFF) der untergehenden DDR die Sendung „Briefe an Freya“ aus. Auf Einladung des DFF las Gräfin von Moltke in den Kammerspielen des Deutschen Theaters die Briefe ihres Mannes Helmuth James von Moltke, die er vor seiner Hinrichtung als antifaschistischer Widerstandskämpfer, „als Verschwörer im Geist, als aristokratischer Citoyen und religiöser Weltbürger“ an sie geschrieben hatte. Die Aufzeichnung des DFF stellt ein einmaliges Dokument dar, denn Freya von Moltke hatte diese Briefe niemals zuvor vor Publikum gelesen und kommentiert. Es war eine Ausnahme, zu der sie sich auf Grund der Veränderungen in Deutschland gegenüber den Menschen in der DDR verpflichtet fühlte, ein Ausdruck ihrer Verbundenheit, aber auch ein Ausblick auf eine Zukunft, in der die deutschen und europäischen Visionen ihres Mannes Realität werden könnten.

Freya von Moltke ergänzte die Lesung der Briefe durch sehr persönliche, zeitgenössische Kommentierungen. Sie wurde musikalisch begleitet durch ihre Schwägerin, die amerikanische Pianistin Veronica Jochum von Moltke. Mit dieser Fernsehsendung machte eine Zeugin unseres Jahrhunderts die Erinnerungen an den 20. Juli 1944 zur lebendigen Hoffnung auf eine europäisch geprägte Erneuerung in ganz Deutschland, getragen von adliger Gesinnung, christlicher Ethik und demokratischer Verantwortung.

Der Umgang mit dem 20. Juli 1944 ist für das politische Ethos des wieder vereinten Deutschlands und für sein Geschichtsverständnis von kaum zu überschätzender Bedeutung. Nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten wurden die Defizite deutlich, die das Thema widerspiegelt. Noch in der alten Bundesrepublik war zwar der erschütternde Spielfilm „Die Weiße Rose“ (1982) von Michael Verhoeven und Mario Krebs entstanden, aber es gab keine filmische Bearbeitung des Lebens von Helmuth James Graf von Moltke, den geistigen Kopf des Kreisauer Kreises. Immerhin entstand 1999 der von der Berliner Neue Filmproduktion in Co-Produktion mit dem kanadischen Fernsehen hergestellte, beeindruckende Kinofilm „Bonhoeffer“ mit Ulrich Tukur in der Hauptrolle. Aber es gibt nach wie vor keinen Film über Bernhard Lichtenberg, den Domprobst an der St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin. Es wurde auch noch kein Spielfilm gedreht über den Heldenmut der Frauen, die an der Seite ihrer Männer entschei-

dend dazu beitrugen, dass diese die Kraft zu ihrer Tat fanden, ich denke an Freya von Moltke, Barbara von Haeften, Clarita von Trott zu Solz, Charlotte von der Schulenburg, Marion Gräfin Yorck von Wartenburg, Annedore Leber, Rosemarie Reichwein, um nur einige zu nennen.

Ohne das unermüdliche Wirken Freya von Moltkes gäbe es die Internationale Jugendbegegnungsstätte Krzyzowa/Kreisau in Polen nicht. Der Wert filmischer Dokumentationen wie „Kreisau – Krzyzowa: vom Widerstand zum Dialog“, 1996 im Auftrag des ORB entstanden, der den gemeinsamen Aufbau von Schloss Kreisau durch Polen und Deutsche festhält, zeigt sich heute. Anlässlich der Einweihung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Krzyzowa durch Bundeskanzler Helmut Kohl und Polens Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki im Jahre 1997 produzierte der Bayerische Rundfunk den Dokumentarfilm „Freya von Moltke – Von Kreisau nach Krzyzowa“. Beide Dokumentationen erreichten in der ARD Tausende von Zuschauern und halfen mit, das Thema „20. Juli 1944“ im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu halten.

In diesem Film geben Rosemarie Reichwein, Barbara von Haeften und Clarita von Trott zu Solz Auskunft über ihren Beistand für ihre Männer, die zum großen, geistig entscheidenden Kreis des Widerstandes gegen Hitler gehörten. Clarita von Trott zu Solz, die nach dem Attentat in Berlin inhaftiert wurde, beschreibt in ihren „Erinnerungen an Harald Poelchau“ eine andere mutige Frau, Reinhild von Hardenberg. Ihr Verlobter war Werner von Haeften. „Auf dem Gefängnishof ging vor mir“, erinnert sich Clarita von Trott zu Solz, „Reinhild von Hardenberg, deren Vater, Graf von Hardenberg, sich zu erschießen versuchte, als er abgeholt wurde. Er hat den Krieg im Krankenhaus überstanden. Reinhild war ein junges, zwanzigjähriges Mädchen, die die Zelle neben mir bewohnte und mit der ich große Freundschaft schloß.“

Der DFF strahlte am 18. Juli 1990 den 55-minütigen Dokumentarfilm von Kurt Seehafer über Carl Hans Graf von Hardenberg aus: „Auch er wollte Hitler stürzen.“ Bis zu jenem Zeitpunkt gab es in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin (West) kein Porträt dieses Mannes, dessen zukünftiger Schwiegersohn, Werner von Haeften, zusammen mit Stauffenberg die Bombe im Führerhauptquartier Rastenburg zündete. Seehafer beschreibt, wie es zu diesem Film kam: „Seit langem ist es Ehrgeiz der Fernsehpublizistik, die mutigen Männer und Frauen des deutschen Widerstandes, insbesondere des 20. Juli 1944, ins rechte Licht zu setzen. Persönlichkeiten wie Claus Schenk Graf von

Stauffenberg, Friedrich Olbricht, Henning von Tresckow, Helmuth James Graf von Moltke, Peter Graf Yorck von Wartenburg und Adolf Reichwein wurden inzwischen filmisch gewürdigt. Wenigstens zwei Jahre lang trage ich mich mit dem Gedanken, einen Dokumentarfilm über Carl Hans Graf von Hardenberg zu machen. (...)

Carl Hans Graf von Hardenberg war ein Preuße reinen Blutes, seit 1921 als Standesherr in Neuhausen (jetzt Marxwalde, Kreis Seelow) mit über 7000 ha einer der mächtigsten Großgrundbesitzer des Landes Brandenburg (...). Wir haben viel gesucht und manches Einmalige gefunden: neben bisher unveröffentlichten Fotos und anderen Dokumenten in Privatbesitz das Original autobiographischer Notizen des Grafen im Zusammenhang mit dem 20. Juli, geschrieben Sylvester 1945. (...) Zu einer Verhandlung vor dem so genannten Volksgerichtshof ist es wegen des Vormarschs der Roten Armee nicht mehr gekommen. Carl Hans Graf von Hardenberg wurde zweimal enteignet: im September 1944 durch die Gestapo, im September 1945 durch die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Aber: Er war ein Mann des 20. Juli.¹⁵

Kurt Seehafer und der Regisseur Jürgen Eike erlebten am 20. Juli 2003 gemeinsam mit Reinhild von Hardenberg und anderen Zeitzeugen und Gästen im Großen Saal der Stiftung Schloss Neuhausen die Premiere des 60-minütigen Dokumentarfilms „Der Junker und der Kommunist“ von Ilona Ziok, in dem anhand der Biografie von Carl Hans Graf von Hardenberg das Drama deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945 beleuchtet wird. Namen erzählen viel: Marxwalde heißt heute wieder Neuhausen.

Es gereicht der ARD zur Ehre, dass sie am 25. Februar 2004 den mit großem Aufwand von Autor und Regisseur Jo Baier gedrehten Fernsehfilm „Stauffenberg“, in der Hauptrolle der kraftvoll spielende Sebastian Koch, gesendet hat. Der Intendant des SWR, Peter Voß, fasste zusammen, warum die ARD sich dieses Themas angenommen hat: „Das Besondere des Fernsehfilms ‚Stauffenberg‘ liegt darin, dass er Geschehnisse nacherzählt, die dramatischer und tragischer nicht erfunden werden könnten. Für uns, die wir mehrheitlich in verlässlichen demokratischen Zusammenhängen leben, ist der Konflikt, in dem die Männer des Aufstands vom 20. Juli unentrinnbar steckten, schier unvorstellbar: sich selbst aufgeben, um der Gemeinschaft eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Heldenmut und Opferbereitschaft sind keine pathetischen Vokabeln – auch daran erinnert der

Film ‚Stauffenberg‘. Im Geschichtenerzählen Werte vermitteln, im Nachbilden das Vergangene in die Zukunft retten: Es gibt historische Ereignisse, die nicht vergessen werden dürfen, weil sich in ihnen Momente unseres ethischen Selbstverständnisses erhalten. Dass es gelingt, solche Momente für eine breite Öffentlichkeit im Fernsehen erfahrbar zu machen, zeichnet ‚Stauffenberg‘ aus und kann alle, die an der Herstellung des Filmes beteiligt waren, mit Stolz erfüllen.“¹⁶

Filme, das weiß jeder, ob Autor oder Regisseur, der sich diesem künstlerischen Medium verschrieben hat, brauchen einen langen Atem. Es ist schwer zu verstehen, dass sowohl der WDR wie auch der BR, ORB und SFB 2004 dem Vorschlag, anlässlich des 60. Jahrestages des 20. Juli 1944 einen Film über „Die Enkel des 20. Juli 1944“ zu produzieren, eine Absage erteilten. Die Begründung lautete, dass die ARD sich für den Schwerpunkt „Militärischer Widerstand“ entschieden habe. Dagegen ist nichts zu sagen, aber von Interesse wäre es schon, in einer Dokumentation zu erfahren, dass die wenigsten „Enkel“ noch in Deutschland leben: eine Elite, die ihr Wissen und Können den USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Hongkong, Lateinamerika und Afrika zur Verfügung stellt. Ihre Eltern hatten Deutschland bald nach 1945 den Rücken gekehrt, weil sie seiner Fähigkeit, sich demokratisch zu erneuern, misstrauten.

Auf einer Tagung der „Stiftung 20. Juli 1944“ in Kreisau/Krzyzowa 2003 zum Thema „Peter Yorck von Wartenburg“ war ich mit meinem Film „Der Leutnant Yorck von Wartenburg“ in Anwesenheit von Freya von Moltke eingeladen. Ich traf Felicitas von Aretin, eine Enkelin von Henning von Tresckow, und erzählte ihr von meinem „Enkel-Film-Projekt“. Sie schlug vor, ihr Buchprojekt zur Grundlage zu nehmen; es finde sich aber kein Verlag, der Interesse zeige. Da konnte ich helfen. Nach der Wende gründete Elmar Faber, bis 1990 Direktor des Aufbau-Verlages und des Verlages Rütten & Loening, in Leipzig den Verlag Faber & Faber. In der DDR wurden auch die Erzählungen von Stephan Hermlin bei Aufbau verlegt. Wir fuhren nach Leipzig, und das Gespräch verlief positiv.

Wie kommentierte Willy Brandt am 10. November 1989 den Mauerfall? „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Leicht verändert lautet seine These: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen wachsen will.“ Das trifft im Besonderen auf die Auseinandersetzung mit dem 20. Juli 1944 zu.

15 DFF-Programmheft Nr. 29 vom 14./20. 7. 1990.

16 ARD-Programmheft „Stauffenberg“, Erstes Deutsches Fernsehen (ARD), Hamburg 2004.

Freya von Moltke

Dr. jur., geb. 1911; 1931 Heirat mit Helmuth James Graf von Moltke (als Mitglied des Kreisauer Kreises hingerichtet am 23.1.1945); seit 1960 in den USA.

Anschrift: 249 Hopson Road, Norwich, VT 05055, USA.
E-Mail: FvM2@aol.com

Veröffentlichungen u. a.: Briefe an Freya 1939–1945 von Helmuth James Graf von Moltke, München 1991; Erinnerungen an Kreisau, München 1997.

Peter Steinbach

Dr. phil., geb. 1948; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Karlsruhe (TH); seit 1983 wissenschaftlicher Leiter der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in Berlin, seit 1989 wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin.

Anschrift: Institut für Geschichte, Franz-Schnabel-Haus, Universität Karlsruhe (Gebäude 30.91), Kaiserstraße 12, 76131 Karlsruhe.
E-Mail: ee03@rz.uni-karlsruhe.de

Veröffentlichungen u. a.: Widerstand im Widerstreit: Die Deutschen und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Paderborn 1994, 2001²; (zus. mit Johannes Tuchel) Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 2004.

Tilman Mayer

Dr. phil., geb. 1953; Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Bonn.

Anschrift: Seminar für Politische Wissenschaft, Universität Bonn, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.
E-Mail: tilman.mayer@uni-bonn.de

Veröffentlichungen u. a.: Jakob Kaiser: Gewerkschafter und Patriot, Köln 1988; (zus. mit Reinhardt C. Meier-Walser) Der Kampf um die Politische Mitte, München 2002.

Gerd R. Ueberschär

Dr. phil., geb. 1943; 1976–1996 wiss. Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg i. Br. und Potsdam; seit 1996 Historiker am Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg und Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.

Anschrift: Haiierweg 21, 79114 Freiburg i. Br.
E-Mail: g.ueberschaer@barch.bund.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Hitlers militärische Elite. 2 Bde., Darmstadt 1998; Die Deutsche Reichspost 1939–1945, Berlin 1999; (Hrsg.) Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA, Darmstadt 2002; Stauffenberg. Der 20. Juli 1944, Frankfurt/M. 2004.

Ulrich Pfeil

Dr. phil. habil., geb. 1966; 1996–2002 DAAD-Lektor am Institut d'Allemand d'Asnières (Paris III-Sorbonne Nouvelle); seit 2002 DFG-Stipendiat und Gastwissenschaftler am DHI Paris/Frankreich.

Anschrift: 150, rue de Charonne, 75011 Paris/Frankreich.
E-Mail: ulrich.pfeil@wanadoo.fr

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die DDR und der Westen, Berlin 2001; „Comme un coup de tonnerre dans un ciel d'été“. Französische Reaktionen auf den 17. Juni 1953, Berlin 2003; Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Köln 2004.

Eberhard Görner

Filmregisseur, Dramaturg und Autor, geb. 1944; seit 1998 Honorarprofessor für Bewegtbildmedien an der HTW Dresden; Anfang der siebziger Jahre Mitbegründer der Reihe „Polizeiruf 110“ im DDR-Fernsehen; seit 2001 Leiter der E. G.-Filmproduktion.

Anschrift: Liliencron-Haus, 16259 Bad Freienwalde.
E-Mail: liliencronhaus@freenet.de

Veröffentlichungen u. a.: Drehbücher: Der Leutnant Yorck von Wartenburg (1981, Regie: Peter Vogel); Nikolaikirche (1995, Regie: Frank Beyer); Der Neunte Tag (2004, Regie: Volker Schlöndorff); Regie: Eugen Jochum – eine Hommage (2004).

Nächste Ausgabe

Alexander Reinberg/Markus Hummel
Fachkräftemangel bedroht Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Volker Baethge-Kinsky/Ruth Holm/Knut Tullius
Berufliche Weiterbildung am Scheideweg

Werner Schönig/Oliver Farhauer
Bildungsförderung, Verteilungspolitik und soziale Durchlässigkeit

Reinhard Zedler
Neue Wege der Berufsausbildung

Mona Granato/Karin Schittenhelm
Junge Frauen: Bessere Schulabschlüsse, aber weniger Chancen beim Übergang in die Berufsausbildung

Christoph Strünc
Neue Berufsbiografien und alter Sozialstaat?

Freya von Moltke *Essay*

**Die Verteidigung
europäischer Menschlichkeit**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2004, S. 3–4

■ Jede Form und jeder Akt des Widerstands gegen den Nationalsozialismus hat sich gelohnt. Nichts davon war vergeblich. Jede Handlung gegen das schreiende Unrecht der nationalsozialistischen Diktatur hat sich gelohnt, weil der deutsche Widerstand die europäische Menschlichkeit in Deutschland lebendig gehalten hat.

Peter Steinbach

**Der 20. Juli 1944 – mehr als ein Tag
der Besinnung und Verpflichtung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2004, S. 5–10

■ Die positive Würdigung Stauffenbergs im 60. Jahr nach dem Attentat wirft die Frage auf, wie in der Nachkriegsgesellschaft der Geschichte des Widerstands verpflichtete Normen entwickelt worden sind. In den siebziger und achtziger Jahren machte sich ein Wandel der Einschätzung bemerkbar, der die Breite und Vielfalt des Widerstands in seiner graduellen Steigerung und Differenziertheit anerkannte. Heute ist die Widerstandsgeschichte auch als Ergebnis geschichtspolitischer Auseinandersetzungen bestrebt, unterschiedliche Entwicklungen in eine Gesamtwürdigung zu integrieren.

Tilman Mayer

**Die geschichtspolitische Verortung
des 20. Juli 1944**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2004, S. 11–14

■ Geschichtspolitik hat nicht den besten Ruf. Ähnlich wie die *spin doctors* mit z. T. unlauterem Marketing von Politik beschäftigt sind, wird der Geschichte anscheinend ein „Dreh“ verpasst. Tatsache ist, dass die historische Erinnerungsarbeit z. T. Deutungsmonopole hervorgebracht hat, gegen die vorzugehen die wissenschaftliche Redlichkeit gebietet. Auch der 20. Juli 1944 unterliegt solchen Zwängen, zumal in der Mediengesellschaft. Das Ereignis hat seit 1945 Umwertungen erfahren, die durchaus die Staatsräson der Bundesrepublik berühren.

Gerd R. Ueberschär

Auf dem Weg zum 20. Juli 1944

*Motive und Entwicklung der Militäropposition gegen
Hitler*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2004, S. 15–22

■ Nach 1945 bestimmten zunächst alliierte Erklärungen die Sichtweise über den Widerstand gegen Hitler. Danach handelte es sich bei dem Umsturzplan „Walküre“ am 20. Juli 1944 um einen späten Versuch militärisch-konservativer Kreise, durch die Ausschaltung des Diktators das Deutsche Reich vor der militärischen Niederlage zu bewahren. In der deutschen Zeitgeschichtsforschung nach 1945 bemühte man sich um eine Rehabilitierung des Widerstandes als das „andere, bessere Deutschland“. Mehrere Untersuchungen haben ein Motivbündel der militärischen Verschwörer erkennen lassen, das schon vor dem Krieg bestand.

Ulrich Pfeil

„Nicht alle Deutschen haben ein Herz aus Stein“

*Das Bild des deutschen Widerstands in Frankreich nach
1945*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2004, S. 23–30

■ Dem Kampf gegen die Besatzer kam in der französischen Nachkriegsgesellschaft enorme politische und symbolische Bedeutung zu; er ließ die *Résistance* zu einem positiven Anknüpfungspunkt nationaler Identität werden. Die Durchsetzung einer neuen nationalen „Meistererzählung“ mit ihren Mythen und Legenden brauchte Abgrenzung und leistete Vorschub für die Kollektivschuldthese und eine antideutsche Grundstimmung. Es bedurfte erst eines Generationswechsels und einer damit einhergehenden Entmythologisierung, um die Historisierung des Widerstands in den neunziger Jahren gemeinsam anzugehen.

Eberhard Görner

Der 20. Juli 1944 im deutschen Film

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2004, S. 31–38

■ Es gibt im deutschen Kino, Ost wie West, seit 1945 nur wenige Spielfilme, die sich mit dem deutschen Widerstand auseinandersetzen. Der Umgang mit dem 20. Juli 1944 ist aber für das politische Ethos des wieder vereinten Deutschlands und für sein Geschichtsverständnis von kaum zu überschätzender Bedeutung.
